Reichskanzlei

1

151

R43/151

Akten

betreffend

Kirchen und Religions=gesellschaften, allg.

Kirche 1

Band 4

vom

bis

Band

"Volksgemeinschaft trotz Religionsverschiedenheit"

Rk. 2387 B 19. FEB. 1942

(abgeschlossen am 31. Oktober 1941)

(Diese Betrachtung der religionspolitischen Lage ist nur für Parteigenossen an führender Stelle und in wichtigen Staatsämtern bestimmt.)

3

S. Abg. v. 24/4.

Inhaltsübersicht:

I) Persönliche Vorbemerkung

II) Geschichtlicher Rückblick
- A) Die Entwicklung vor der Machtübernahme
- B) Die Entwicklung nach der Machtübernahme
- C) Die von führenden Männern verkündeten Grundsätze über die Behandlung kirchlicher und religiöser Fragen

III) Die Anwendung der Grundsätze
- A) Die Glaubenseinheit als ideales Ziel nationalstaatlicher Politik und die Aussichten ihrer Verwirklichung
- B) Die Verstöße gegen die Grundsätze als Ursache der derzeitigen kritischen Lage
  - 1) Die zunehmende Verschlechterung der Beziehungen zwischen Staat und Partei einerseits und den Kirchen andererseits
    - a) Die Disqualifizierung der konfessionell Gebundenen und der Pfarrer als politisch Unzuverlässige
    - b) Die Benachteiligung solcher Volksgenossen
    - c) Einseitige Beschränkung der Meinungsäußerung - Verletzung der Pflicht der Zurückhaltung
    - d) Gegen die Kirchen gerichtete Maßnahmen
    - e) Die Haltung gegenüber dem Christentum
      - aa) Die zunehmende Abkehr vom Christentum
      - bb) Kritik einer besonderen Erscheinung derselben
  - 2) Auseinandersetzung mit Einwänden gegen Kirchen und Christentum, die Kampfmaßnahmen rechtfertigen sollen
    - a) Ist Unduldsamkeit gerechtfertigt, weil die Kirchen die Anforderungen des Parteiprogramms nicht erfüllen oder die Anhänger der Kirchen von vornherein gegen den nationalsozialistischen Staat eingestellt sind?

b)

2387 B

Kirche 1

b) Ist das Christentum artfremd?
c) Ist das Christentum unwissenschaftlich?
d) Der Universalismus des Christentums
e) Die katholische Kirche als überstaatliche Macht

3) Die Auswirkungen der christentums= und kirchenfeind=lichen Handlungen
a) ihre Mißerfolge
b) Gefährdung der Kampfgemeinschaft des deutschen Volkes

4) Vorschläge zur Behebung der entstandenen Schwierigkeiten
a) Die Duldsamkeit eine germanische und nationalsozialistische Tugend
b) Die Möglichkeit einer Anpassung zeit= und umweltbedingter Lehren an die Erfordernisse unserer Zeit
c) Ehrfurcht und Achtung vor charakterfester Haltung sichern gute Auslese
d) Gesetzlichkeit als Grundlage des Vertrauens zur Staatsführung
e) Warnung vor einigen weiteren Fehlern

IV) Schlußbetrachtung.

I) Persönliche Vorbemerkung.

Die nachfolgenden Ausführungen entspringen nicht der Sorge um das Schicksal einer Konfession, vielmehr der Sorge, daß durch verschiedene vermeidbare Maßnahmen die seelische Widerstandskraft eines erheblichen Teiles des deutschen Volkes im Kriege geschwächt und die deutsche Zukunft gefährdet wird.

4

Volksgemeinschaft trotz Religionsverschiedenheit

(abgeschlossen am 31. Oktober 1941)

I) Persönliche Vorbemerkung.

Die nachfolgenden Ausfuhrungen entspringen nicht der Sorge um das Schicksal einer Konfession, vielmehr der Sorge, daß durch verschiedene vermeidbare Maßnahmen die seelische Widerstandskraft eines erheblichen Teiles des deutschen Volkes im Kriege geschwächt und die deutsche Zukunft gefährdet wird. Sie wendet sich nicht an die Masse der Partei- und Volksgenossen, für die diese Ausführungen anders geschrieben werden müßten. Sie wendet sich erst recht nicht an diejenigen, die in dem Glaubensstande und den Bekenntnissen der Kirchen eine ewig unerschütterliche Grundlage sehen, sie können durch das Ergebnis dieser Schrift nicht befriedigt werden. Sie richtet sich vielmehr allein an maßgebliche Persönlichkeiten in Partei und Staat, die auf den Lauf der Dinge Einfluß nehmen können. Sie dient ferner der Entlastung des Verfassers von einer ihn seit langer Zeit drükkenden Verantwortung. Ich will jedenfalls nicht zu denjenigen gehören, die vor einem Unheile, das sie kommen sehen, aus Furcht vor persönlichen Unannehmlichkeiten schweigen und zu warnen unterlassen und damit hinsichtlich des Dritten Reiches die Verantwortung derjenigen auf sich laden, die der Führer in "Mein Kampf" S. 259 als Totengräber der Monarchie bezeichnet hat.

Da für die Bewertung derartiger Ausführungen das persönliche Bekenntnis des Verfassers und seine Vergangenheit wichtig ist, schicke ich einige persönliche Angaben voraus.

Ich bin in einem streng evangelischen Elternhause auf dem Lande aufgewachsen, das im Christentum insbesondere auch die verbindende Kraft zwischen Betriebsführer und Gefolgschaft, schlechthin die Grundlage der Volksgemeinschaft sah. Meine noch lebende Mutter und meine nachsten Angehörigen sind dieser schon von früheren Generationen überkommenen Überlieferung treu geblieben. Schon hierdurch kenne ich

die

die schwere innere Belastung, die die gegenwärtige Behandlung der Kirchenfrage für streng kirchlich gesonnene Volksgenossen bedeutet, und zwar gerade dann, wenn sie besten Willens sind.

Ich persönlich stehe seit etwa 30 Jahren nicht mehr auf dem orthodox-kirchlichen Standpunkt, der durch viele Generationen unerschütterliches Fundament des evangelischen Glaubens war und den die Bekenntnisfront zu ihrer Grundlage gemacht hat. Ich habe mir meine Anschauungen selber bilden müssen und fühle mich innerlich frei.

Vom Zeitpunkt ihrer Entstehung an bis zu ihrem Zusammenbruch 1934 habe ich mich der in meinem Heimatgau vom Gauleiter sehr geförderten Bewegung "Deutsche Christen" angeschlossen und bin 1933 ohne mein Zutun vom Gauleiter auf die Liste dieser Bewegung für die Provinzialsynode gesetzt worden. Von ihr erhoffte ich eine Vollendung der Reformation. Nach ihrem Versagen im Jahre 1934 habe ich es als Nationalsozialist und politischer Beamter für meine Pflicht gehalten, mich von den kirchlichen und religiösen Streitigkeiten zurückzuhalten und habe weder einer kirchenpolitischen Richtung oder sonstigen Glaubensbewegung angehört, noch mit ihr sympathisiert. Ich habe mich streng an die Linie der Kampfzeit gehalten, wo in unseren Reihen Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses keine Rolle spielte, sondern hinter dem Kampfe für ein großes Ziel zurücktrat. Ich glaube durch eine solche Haltung der Partei sicher einen besseren Dienst zu erweisen als diejenigen, die hämisch oder verletzend Dinge behandeln, die Kameraden heilig sind. (Vgl. hierzu "Mein Kampf" S. 632)

II) Geschichtlicher Rückblick.

Um die Lage, in der wir uns befinden, richtig verstehen zu können, muß davon ausgegangen werden, wie sie geworden ist.

A) Die Entwicklung vor der Machtübernahme.

Auseinandersetzungen zwischen staatlichen Mächten und Kirchen sind, politisch gesehen, Kämpfe um die Führung, religiös gesehen, Kämpfe um Glaubensfragen. Der Staat als Verwaltungsorganisation hat ja niemals Menschen geführt, dies waren vielmehr den ganzen Menschen erfassende geistige Mächte, in früheren Zeiten in Deutschland die Kirchen. Nach ihnen bestimmte sich das Verhalten der Menschen fast bis in alle Einzelheiten hinein. Allmählich erlahmten jedoch die Kirchen in der Führungsaufgabe. Das aufkommende Zeitalter des Liberalismus und Marxismus schwächte Ansehen, Macht und Bedeutung der Kirchen erheblich und verdrängte sie nach und nach aus ihrer beherrschenden Stellung, sodaß wir schließlich 1932 Gebilde vorfanden, die zwar noch infolge der Trägheit der Überlieferung Macht über die Seelen ausübten und gewissen Einfluß auch auf die Gestaltung der politischen Dinge nahmen, denen aber im Grunde erhebliche Massen des Volkes innerlich entfremdet waren und die in ihrem damaligen Zustande jedenfalls nicht ohne tiefgreifende innere Erneuerung das gesamte Volk wieder erfassen konnten. Sie waren auf dem Wege zur Sekte und abgetreten von der Führung, die ja immer auf das gesamte Volk sich beziehen muß, ein Chaos der verschiedensten Weltanschauungen und Führungsansprüche hinterlassend. Erschüttert waren insbesondere auch die dogmatischen Grundlagen der einzelnen Kirchen "ohne die aber auf dieser Welt der praktische Bestand eines religiösen Glaubens nicht denkbar ist." (Mein Kampf, S. 293). Das war - wie um der geschichtlichen Wahrheit wegen festzustellen ist - nicht die Folge nationalsozialistischer Wirksamkeit, sondern der jüdisch-liberalen-marxistischen Zersetzungs- und Zerstörungstätigkeit!

B)

B) Die Entwicklung nach der Machtübernahme.

Nach der Machtübernahme versuchte der Nationalsozialismus, der ebenfalls mit einem totalen Führungsanspruch auftrat und um der Einigung der inneren Erneuerung des deutschen Volkes und der Konzentrierung aller seiner Kräfte wegen naturnotwendig so auftreten muß, ein Einvernehmen mit den Kirchen herzustellen. Das war nur dadurch möglich, daß er die Kirchen nationalsozialistisch durchsetzte und versuchte, einen Zustand herbeizuführen, bei dem eine Stärkung der Kirchen auch eine Stärkung der nationalsozialistischen Führung bedeutete. Es handelte sich praktisch gesehen um eine Umwandlung des kirchlichen Führertums, eine Durchdringung von innen heraus, für die die Bewegung "Deutsche Christen" der Stoßtrupp sein sollte. Bei der katholischen Kirche lagen die Dinge wesentlich schwieriger als bei der evangelischen, weil sie von außen her - nämlich vom Papst in Rom - geführt wird. Aber auch hier zeigte man durch einen Vertrag, das Konkordat, daß man sich "vertragen" wolle. Die zahllosen evangelischen Landeskirchen und Bekenntnisse wurden zu einer evangelischen Reichskirche zusammengefaßt, um dem "Sehnen jener Zeit eine wirkliche Befriedigung zu geben, die in der Zerfahrenheit des evangelischen Lebens eine Schwächung der Kraft des evangelischen Glaubens an sich befürchten zu müssen glaubten" (der Führer am 30.I.1934 vor dem Reichstag). Die Gottlosenbewegungen wurden zerschlagen, der Tannenbergbund verboten, den Kirchen wurden Ausgetretene usw. wieder zugeführt. Es war jedenfalls der ernste Wunsch vorhanden, die "in beiden christlichen Konfessionen verankerten großen, religiösen moralischen und sittlichen Werte dem deutschen Volke zu sichern." (Der Führer am 30.I.1934 vor dem Reichstag).

Eine Durchdringung der Kirchen gelang nicht, auch nicht einmal eine Befriedung; diejenigen, die noch am engsten der Kirche verbunden waren, wurden nicht gewonnen, sehr zum Leidwesen derjenigen, die in der Verwirklichung der im Parteiprogramm verankerten Synthese von Nationalsozialismus und Christentum für unser Volk die beste Lösung gesehen und sich für diese Lösung kämpferisch eingesetzt hatten: Die

tiefste

tiefste Ursache des Scheiterns mag wohl sein, daß die Erneue=rungsbewegung nicht in einem religiösen Bedürfnis ihren An=trieb fand, sondern von der politischen Seite her. Sie war in=folgedessen für die streng Gläubigen religiös unbefriedigend; abgesehen davon ließen ihre Verfechter zum Teil die Schonung der Gefühle derjenigen vermissen, die es mit ihrem Glauben ernst nahmen, griffen Glaubenssätze an, die diesen heilig wa=ren oder zeigten eine verdammte Ähnlichkeit mit der früheren jüdisch=marxistischen Freigeisterei. Es wurde jedenfalls viel guter Wille zerschlagen, und die oft geäußerte Auffassung, daß es sich um eingefleischte Staatsfeinde handelt, wird dem wirk=lichen Sachverhalt nicht gerecht. Auch heute glaube ich noch, daß, wenn sich alle Stellen nach den Worten und Anordnungen des Führers und anderer maßgebender Männer gerichtet hätten und richten würden, die Befriedung gelungen wäre und noch ge=lingen kann. Es tut aber jeder, was er will, und so wird das Vertrauen in die Worte des Führers erschüttert. Ich möchte auf diesen besonders schwachen Punkt hinweisen, weil es sich um einen Fehler handelt, der immer ähnliche verhängnisvolle Fol=gen hat.

Versuche, zu einem erträglichen Verhältnis zwi=schen Staat, Partei und Kirche zu kommen, wurden dann noch längere Zeit fortgesetzt. Durch Berufung eines Ministers für kirchliche Angelegenheiten, durch die Einsetzung der Kirchen=ausschüsse wurde noch einmal ein neuer Weg zu diesem Ziele be=schritten. Schließlich hoffte im Jahre 1937 der Führer durch Ansetzung einer Kirchenwahl noch einmal, die evangelische Kir=che zu einer einheitlichen Richtung zu bringen; sie unterblieb, weil sich dies als eine Unmöglichkeit herausstellte. Erfolge waren den Versuchen nicht in dem gewünschten Umfange beschie=den. Die Lage erfuhr durch den Einsatz staatlicher Machtmittel, insbesondere der staatspolizeilichen, keine Entspannung, son=dern spitzte sich zu.

Aus den polizeilichen Maßnahmen zogen diejenigen kirchlichen Richtungen den Vorteil, die von ihnen betroffen wurden und sich gegen eine "Gleichschaltung" der Kirche am mei=sten zur Wehr gesetzt hatten. Sie errangen in den Kirchen die Oberhand. Es zeigte sich, daß die passive Widerstandskraft der Kirchen gegen unmittelbar gegen sie oder ihren Glaubens=

stand

stand gerichtete Angriffe eine unerwartet große geblieben ist wenn auch früher seitens der entschiedenen Anhänger beider Kirchen und ihrer maßgebenden Persönlichkeiten heftige Klage über die Gleichgültigkeit der ihr angehörigen Massen geführt wurde und sie diese zur Führung eines aktiven Kampfes gegen die Mächte der Zerstörung auch nicht hinzureißen vermochten, so werden doch bei polizeilichen Eingriffen die inneren Bindungen , die Erziehung und Gewohnheit geschaffen haben, wieder wirksam und der überwiegende Teil stellt sich auf die Seite der Kirchen. Es wäre falsch, sich diese Abwehrkraft lediglich aus einer Sucht zu einer Opposition oder den Willen, einen Widerstand gegen die Macht des Staates zu organisieren, zu erklären, vielmehr zeigt sich in dem Augenblick, in dem die Massen eine akute Gefahr für den Bestand ihres althergebrachten Glaubens, der kirchlichen Sitten und Gebräuche wahrzunehmen glauben, eine tiefinnere Anhänglichkeit an dieselben, die sich z.B. in verstärktem Kirchenbesuch usw. äußert. Daß diese von böswilligen Elementen zu einer Hetze gegen Partei und Staat ausgenutzt werden kann, ändert an der Tatsache selber nichts.

Es sind zwar den Kirchen auch eine nicht unerhebliche Zahl von Mitläufern entfremdet oder entrissen worden, der Kern ihres Bestandes hat aber eine innere Stärkung und äußeren Zuwachs erhalten. Was ihnen verlorenging, war ihnen ohnehin schon verloren. Es zeigte sich Bereitschaft, für Glauben und Bekenntnis jedes Opfer auf sich zu nehmen, eine Bereitschaft, die mit dem verstärkten Druck auf die Kirchen sich zu eisener Entschlossenheit entwickelt.

Dieser Kampf in der Kirche um die Kirche führte also nicht zur inneren Eroberung derselben und setzte sie deshalb auch nicht instand, wieder alles beherrschende Volkskirchen zu werden. Einem "positiven Christentum", welches für die völkische Erneuerung eingetreten wäre und ohne Rücksicht auf die Konfession die seelischen Kräfte des Volkes für die Aufgabe mobilisiert hätte, "Gottes Willen zu erfüllen und Gottes Werk nicht zu schänden" (Mein Kampf S. 361), wurden die Kirchen nicht näher gebracht. Ein innerer Umschwung, der dem des deutschen Volkes ähnlich gewesen wäre, vollzog sich

in

in ihnen nicht. Die Geschichte wird einmal endgültig darüber urteilen, inwieweit die Kirchen gegenüber den Anforderungen einer geschichtlichen Stunde versagt haben, (vielleicht auch versagen mußten) und eine Zeitenwende nicht erkannten, die auch an sie die Schicksalsfrage stellte. Wir kamen nunmehr in einen Zustand, in dem weder eine positive Förderung der Kirchen, noch ein Kampf gegen dieselben seitens Partei und Staat angebracht erschien, vielmehr ein erträgliches Verhältnis geschaffen werden mußte, welches Handlungsfreiheit für die Zukunft gewährleistete.

C) Die von den führenden Männern in Partei und Staat verkündeten Grundsätze kirchlicher und religiöser Fragen in den Jahren 1935 - 1938.

Auf Seiten der Partei wurden neue Wege beschritten. Man zog sich zunächst aus dem Kirchenstreit zurück und ließ die Glaubensbewegungen fallen, die man vorher unterstützt hatte. Bereits am 13. Okt.1933 hatte der Stellvertreter des Führers in dem bekannten Duldsamkeitserlaß den Glauben als eines jeden eigenste Angelegenheit erklärt, die er nur vor seinem Gewissen zu verantorten habe, Gewissenszwang und Benachteiligung wegen des Bekenntnisses zu einer bestimmten Glaubensrichtung verboten und somit die Festlegung der Partei auf eine bestimmte religiöse Überzeugung abgelehnt. Nach und nach wurde den Unterführern der Bewegung bei Wahrung ihrer Gewissensfreiheit untersagt, Ämter oder Aufträge in Kirchen oder sonstigen Glaubensgemeinschaften anzunehmen oder sonstwie sich auffallend in ihnen zu betätigen. Allen Parteigenossen wurde untersagt, sich bei Betätigungen dieser Art auf die Zugehörigkeit zur Partei, ihren Gliederungen oder angeschlossenen Verbänden zu berufen oder dabei in Uniform aufzutreten oder Abzeichen zu tragen. Es sollte damit offenbar das Hineintragen von religiösen Auseinandersetzungen in die Partei verhindert, spaltende Tendenzen bekämpft und die Gefolgschaft zusammengehalten werden. Sodann setzte von der Partei aus eine weltanschauliche Betreuung ein, die das Ziel eines möglichst engen Zusammenschlusses und gleichmäßiger Ausrichtung hatte. Besonderer Wert wurde auf die Betreuung der Jugend gelegt. Die Betreuung wirkte sich auch erfolgreich dahin aus, daß den Kirchen ent-

entfremdete Volksgenossen sich nicht erst noch in die wie Pilze aus der Erde schießenden neuen Sekten und neuen Glaubensgemeinschaften verliefen. Die Wahrung der Gewissensfreiheit wurde jedoch bei allen möglichen Gelegenheiten von maßgebenden Stellen immer wieder betont. Hinsichtlich des Christentums erklärte der Führer auf der Eröffnung des Parteikongresses 1935 in Nürnberg: "Die Partei hat weder früher, noch hat sie heute die Absicht, in Deutschland irgend einen Kampf gegen das Christentum zu führen." Noch am 31.I.1939 versichert der Führer in seiner Reichstagsrede, daß niemand wegen seiner religiösen Einstellung verfolgt werden wird.

In einem veröffentlichten grundlegenden Erlaß an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten stellt der Ministerpräsident Göring im Juli 1935 fest, daß der nationalsozialistische Staat die Unversehrtheit der christlichen Kirchen gewährleistet und ihren religiösen Einrichtungen Schutz gewährt. Beiden Kirchen werde die volle Freiheit ihres Glaubens und ihrer Lehre überlassen. Politisch sei aber nur eine Staatsauffassung in Deutschland vorhanden und denkbar: die nationalsozialistische Idee. Scharf wendet er sich dann gegen diejenigen, die die Autorität ihrer geistlichen Stellung zu politischen Zwecken mißbrauchen und weist die Versuche zurück, über das Gebiet religiöser Betätigung hinaus politische Einflüsse aufrechtzuerhalten oder von neuem anzustreben.

Der vom Führer eingesetzte Reichskirchenminister Kerrl hat sich Dezember 1937 (Völkischer Beobachter v.2.XII.1937) geäußert, daß kein echter Nationalsozialist es mit der Religion leichtfertig nehmen dürfe. Echter Nationalsozialist sei nur, wer die Tatsache der Bindung an Gott erkenne und wisse, daß Gottes Befehl in seinem Gewissen und Blute walte. "Der Nationalsozialismus erklärt, daß derjenige, der diese Bindung leugnet, minderwertig ist und nicht zu uns gehört. Aber der nationalsozialistische Staat denkt nicht daran, irgendeine Konfession zu einer Staatskirche zu machen, auch nicht die deutsche Glaubensbewegung. Jedermann kann sein Bekenntnis wählen und nach seinem eigenen Herzen. Wir verlangen aber, daß er sich der Achtung befleißigt vor dem, was dem anderen heilig ist. Wer dieses Gebot der Achtung und Ehrfurcht verletzt, ist kein echter Nationalsozialist". Der

Reichs-

Reichskirchenminister lehnt dann auch die Herstellung einer deutsch=christlichen Staatskirche ab und verkündet das Ziel: die völlige Sicherung der religiösen Freiheit. In einer weiteren Rede (Völkischer Beobachter vom 12.XII.1937) tritt er einer uferlosen Sektenbildung entgegen und lehnt für die Bewegung das Richteramt darüber ab, welche Konfession die Gottesvorstellung oder die behauptete Offenbarung richtiger andeutet. Partei und Staat denken nicht daran, eine "Staatsreligion" oder "Staatskirche" zu gründen. Den Eltern soll das Recht unbenommen bleiben, ihre Kinder nach ihrer religiösen Anschauung zu erziehen. In einer weiteren Rede (Völkischer Beobachter vom 25.XI.1937) sagte Reichsminister Kerrl, daß der Religionsunterricht in den Schulen niemals werde behindert werden." Nicht im geringsten widerspreche die Lehre Christi selbst dem Nationalsozialismus.

Der Reichsleiter Alfred Rosenberg, 1934 vom Führer mit der weltanschaulichen Leitung der Partei beauftragt, erklärte in seiner Erwiderung an Bischof Hudal (Völkischer Beobachter 18.10.1936 - Nr. 292):

"Wir waren und sind deshalb der Überzeugung, daß die nationalsozialistische Weltanschauung weiträumig genug sein muß, um alle jene Persönlichkeiten und Bekenntnisse zu umspannen, die ehrlich gewillt sind, die Substanz des Deutschtums und alle seine blutbedingten, charakterlichen und seelischen Kräfte im Kampf gegen die Strömungen der Weltzerstörung zu unterstützen."

Dieser Gedankengang, daß die nationalsozialistische Weltanschauung "unter ihrer Kuppel" vielen Bekenntnissen, die völkischen Mindestanforderungen entsprechen, Raum geben könnten, wiederholte Alfred Rosenberg in seiner Rede vom 2. April 1938 in Köln lt. Köln. Zeitung vom 4.4.1938. Vorher hatte er ein Bekenntnis zum Grundsatz der religiösen Gewissensfreiheit ausgesprochen: "Wir haben das Prinzip der religiösen Gewissensfreiheit verkündet und gedenken es auch durchzuhalten" (Rede vom 14.II.1935). Daß das in seinen Schriften niedergelegte weltanschauliche Bekenntnis ein persönliches sei und nicht verbindlich für die Bewegung, die viele religiöse Bekenntnisse umfasse, erklärt Rosenberg im Vorwort zu seinem "Mythos" 2. Aufl. S. 26. In seiner Schrift "An die Dunkelmänner unserer

Zeit

entfremdete Volksgenossen sich nicht erst noch in die wie Pilze aus der Erde schießenden neuen Sekten und neuen Glaubensgemeinschaften verliefen. Die Wahrung der Gewissensfreiheit wurde jedoch bei allen möglichen Gelegenheiten von maßgebenden Stellen immer wieder betont. Hinsichtlich des Christentums erklärte der Führer auf der Eröffnung des Parteikongresses 1935 in Nürnberg: "Die Partei hat weder früher, noch hat sie heute die Absicht, in Deutschland irgend einen Kampf gegen das Christentum zu führen." Noch am 31.I.1939 versichert der Führer in seiner Reichstagsrede, daß niemand wegen seiner religiösen Einstellung verfolgt werden wird.

In einem veröffentlichten grundlegenden Erlaß an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten stellt der Ministerpräsident Göring im Juli 1935 fest, daß der nationalsozialistische Staat die Unversehrtheit der christlichen Kirchen gewährleistet und ihren religiösen Einrichtungen Schutz gewährt. Bei den Kirchen werde die volle Freiheit ihres Glaubens und ihrer Lehre überlassen. Politisch sei aber nur eine Staatsauffassung in Deutschland vorhanden und denkbar: die nationalsozialistische Idee. Scharf wendet er sich dann gegen diejenigen, die die Autorität ihrer geistlichen Stellung zu politischen Zwecken mißbrauchen und weist die Versuche zurück, über das Gebiet religiöser Betätigung hinaus politische Einflüsse aufrechtzuerhalten oder von neuem anzustreben.

Der vom Führer eingesetzte Reichskirchenminister Kerrl hat sich Dezember 1937 (Völkischer Beobachter v.2.XII.1937) geäußert, daß kein echter Nationalsozialist es mit der Religion leichtfertig nehmen dürfe. Echter Nationalsozialist sei nur, wer die Tatsache der Bindung an Gott erkenne und wisse, daß Gottes Befehl in seinem Gewissen und Blute walte. "Der Nationalsozialismus erklärt, daß derjenige, der diese Bindung leugnet, minderwertig ist und nicht zu uns gehört. Aber der nationalsozialistische Staat denkt nicht daran, irgendeine Konfession zu einer Staatskirche zu machen, auch nicht die deutsche Glaubensbewegung. Jedermann kann sein Bekenntnis wählen und nach seinem eigenen Herzen. Wir verlangen aber, daß er sich der Achtung befleißigt vor dem, was dem anderen heilig ist. Wer dieses Gebot der Achtung und Ehrfurcht verletzt, ist kein echter Nationalsozialist". Der

Reichs-

Reichskirchenminister lehnt dann auch die Herstellung einer deutsch=christlichen Staatskirche ab und verkündet das Ziel: die völlige Sicherung der religiösen Freiheit. In einer weiteren Rede (Völkischer Beobachter vom 12.XII.1937) tritt er einer uferlosen Sektenbildung entgegen und lehnt für die Bewegung das Richteramt darüber ab, welche Konfession die Gottesvorstellung oder die behauptete Offenbarung richtiger andeutet. Partei und Staat denken nicht daran, eine "Staatsreligion" oder "Staatskirche" zu gründen. Den Eltern soll das Recht unbenommen bleiben, ihre Kinder nach ihrer religiösen Anschauung zu erziehen. In einer weiteren Rede (Völkischer Beobachter vom 25.XI.1937) sagte Reichsminister Kerrl, daß der Religionsunterricht in den Schulen niemals werde behindert werden." Nicht im geringsten widerspreche die Lehre Christi selbst dem Nationalsozialismus.

Der Reichsleiter Alfred Rosenberg, 1934 vom Führer mit der weltanschaulichen Leitung der Partei beauftragt, erklärte in seiner Erwiderung an Bischof Hudal (Völkischer Beobachter 18.10.1936 - Nr. 292):

"Wir waren und sind deshalb der Überzeugung, daß die nationalsozialistische Weltanschauung weiträumig genug sein muß, um alle jene Persönlichkeiten und Bekenntnisse zu umspannen, die ehrlich gewillt sind, die Substanz des Deutschtums und alle seine blutbedingten, charakterlichen und seelischen Kräfte im Kampf gegen die Strömungen der Weltzerstörung zu unterstützen."

Dieser Gedankengang, daß die nationalsozialistische Weltanschauung "unter ihrer Kuppel" vielen Bekenntnissen, die völkischen Mindestanforderungen entsprechen, Raum geben könnten, wiederholte Alfred Rosenberg in seiner Rede vom 2. April 1938 in Köln lt. Köln. Zeitung vom 4.4.1938. Vorher hatte er ein Bekenntnis zum Grundsatz der religiösen Gewissensfreiheit ausgesprochen: "Wir haben das Prinzip der religiösen Gewissensfreiheit verkündet und gedenken es auch durchzuhalten" (Rede vom 14.II.1935). Daß das in seinen Schriften niedergelegte weltanschauliche Bekenntnis ein persönliches sei und nicht verbindlich für die Bewegung, die viele religiöse Bekenntnisse umfasse, erklärt Rosenberg im Vorwort zu seinem "Mythos" 2. Aufl. S. 26. In seiner Schrift "An die Dunkelmänner unserer

Zeit

Zeit" verweist er wieder darauf und erklärt auf S. 101:

"Wie ich schon in der Einleitung zu meinem Werk betonte, habe ich nicht die Absicht gehabt, Menschen, die innerhalb ihrer Glaubensform glücklich und zufrieden leben, aus ihr herauslösen zu wollen, sondern habe nur den Versuch gemacht die anderen - und diese zählen heute noch Millionen - mit jenen Problemen tiefer zu befassen, die die Ursache ihrer Ablösung aus den alten Formen gewesen waren!"

Dies sind die wesentlichen Aussprüche der führenden Männer über das Verhaltnis zu Kirchen und Christentum.

III) Anwendung der Grundsätze.

Mit einer beharrlichen Anwendung dieser Grundsätze, die letzten Endes auf Punkt 24 des Parteiprogramms zurückgehen, hätten nicht nur die entstandenen erheblichen Spannungen in einer gerade für die bevorstehende starke seelische Belastung des Volkes nützlichen Weise gemildert werden können, sie hätten auch das Volk in gesunder Entwicklung einem neuen Ziele, der Glaubenseinheit, entgegengeführt. Gegen diese Grundsätze wurde aber praktisch unzählige Male verstoßen, worauf ich später noch zurückkomme. Vorher möchte ich jedoch auf

A) das ideale Ziel einer nationalstaatlichen Politik, die Glaubenseinheit, und die Aussichten auf ihre baldige Verwirklichung

eingehen. Die Beseitigung der Glaubensspaltung des deutschen Volkes, Ausrichtung von religiöser Überzeugung und staatsbürgerlicher Pflicht, würde eine einzigartige Kraftquelle für das deutsche Volk in allen Stürmen der Geschichte bedeuten. Es ist deshalb das Ziel der Sehnsucht vieler Deutscher, daß der Ruf: "Ein Volk, ein Reich, ein Führer" noch in dem Worte "ein Glaube" seine Ergänzung finden möge.

Man würde aber aus der bisherigen Entwicklung der Dinge nichts gelernt haben, wenn man der Meinung ist, daß dieses Ziel sich anders als in langen Zeiträumen durchsetzen lassen wird. Der Versuch einer schnellen Durchsetzung in der Gegenwart würde ohne Anwendung brutalster Gewalt und inquisitorischer oder tschekistischer Mittel nicht möglich sein, bei der charakterfeste und treue Menschen in erster Linie ausgemerzt

und

9

und eine unerfreuliche Gegenauslese getroffen würde. Wer anderer Meinung ist, unterschätzt die Anhänger der christlichen Kirchen und hat aus der deutschen Geschichte nicht gelernt, wie ernst gerade der Deutsche Glaubensfragen nimmt. Daß sich der streng kirchliche Teil der Bevölkerung aus nationaler Disziplin im Kriege ruhig verhält, um dem Vaterlande nicht in den Rücken zu fallen, läßt noch nicht den Schluß zu, daß er sich durch irgend ein Mittel der Gewalt von seinem Glauben und seiner Kirche abbringen läßt. Wer dies nicht sieht, hat keine Ahnung von der Tiefe und Festigkeit, mit der der christliche Glaube in den Herzen eines nicht unbeachtlichen Teiles unserer Volksgenossen wurzelt. Wie die Geschichte der Reformation zeigt, hat selbst in rein evangelisch gewordenen Ländern sich die neue Lehre erst völlig durchgesetzt, nachdem zwei Generationen dahingestorben waren. Wir werden auch heute mit einem solchen Zeitraum rechnen müssen. Die Erfahrungen aus Sowjetrußland zeigen, daß zwanzigjähriger blutigster Terror und jüdisch-asiatische Grausamkeit zwar äußerlich das Christentum verschwinden ließen, es aber der Bevölkerung nicht aus dem Herzen gerissen haben. Jedenfalls würde man übel tun, sich von jenen beraten zu lassen, die sich über "Karl den Sachsenschlächter" empören und zur gleichen Zeit bereit sind, eine neue Sachsenschlächterei zu beginnen.

Überdies würde mit der gewaltsamen Niederringung der jetzt bestehenden Kirchen und Beseitigung ihrer Einrichtungen eine religiöse Erneuerung noch nicht erreicht sein, denn diese muß in religiösem Unbefriedigtsein ihren Antrieb finden. Es sei auch an das Führerwort erinnert, daß nur Narren und Verbrecher das Vorhandene demolieren können, solange ein ersichtlich besserer Ersatz fehlt (Mein Kampf, S. 293/294). Fernerhin warnt der Führer in "Mein Kampf" S. 124/125 in eindringlichster Weise vor dem Versuch, auf dem Umwege über eine politische Organisation zu einer religiösen Reformation zu gelangen und weist auf die katastrophalen Auswirkungen gerade in Deutschland hin, wenn dem politischen Führer nicht die religiösen Lehren und Einrichtungen seines Volkes unantastbar sind. Auf keinen Fall darf bei Erneuerungsbestrebungen getarnter oder ungetarnter Unglaube und Gottlosigkeit ihre Hand im Spiele haben. Wie flüssig die Grenze von "Gottgläubigkeit" und

Gott-

Gottlosigkeit ist, zeigt beispielsweise der Umstand, daß ein Volksgenosse, der sich als "gottgläubig" bezeichnete, nach seinem Gottesbegriff befragt, auf eine Kraft hinwies, die seit Jahrhunderten in der Physik den Namen "Schwerkraft" trägt! Die religiösen Lehren und Einrichtungen zu ändern, ist wie der Führer in "Mein Kampf" S. 124/125 sagt, Sache eines Reformators. Dieser wird, wie jeder große Reformator, mit vollem Einsatz kämpfen müssen, denn der Sieg einer Idee hängt von der Einsatzbereitschaft ihrer Verfechter ab. Da nun der Führer nicht Reformator sein will, müssen wir uns auch aus diesem Grunde schon mit dem Zustande begnügen, bei dem es darauf ankommt, auf der Grundlage der Gewissensfreiheit und der Achtung der gegenseitigen Überzeugung uns zusammenzuhalten, der religiösen Erneuerung den Weg offenzuhalten und zuzusehen, daß die Beziehungen zwischen dem Vorhandenen - also den kirchlichen Gemeinschaften - einerseits und Staat und Partei andererseits erträgliche werden, was im übrigen die Mehrzahl der Kirchenanhänger heiß ersehnt. Zerstörung des Vorhandenen ohne neue religiöse Bindung würde die Seelen schwankend, untreu und zynisch machen und den Boden für den Bolschewismus vorbereiten.

B) <u>Die Verstöße gegen die verkündeten Grundsätze als Ursache der derzeitigen kritischen Lage.</u>

Wie bereits gesagt, glaube ich, daß wir zu einem solchen erträglichen Zustande gekommen wären, wenn das Parteiprogramm und die öffentlich bekanntgegebenen Grundsätze, die ich oben erwähnte, auch befolgt worden wären. Daß sie nicht befolgt wurden, hat zu jenem Zustande geführt, den ich - mit vielen anderen Parteigenossen - um der Zukunft unseres Volkes und seiner Widerstandskraft im Kriege willen mit ernstester Sorge betrachte und die mich zu diesen Ausführungen veranlaßt hat.

1) <u>Die zunehmende Verschlechterung der Beziehungen zwischen Staat und Partei einerseits und der Kirchen andererseits.</u>

Es wird niemandem entgehen können, daß in letzter Zeit das Verhältnis zwischen Staat und Partei einerseits und den Kirchen andererseits sich verschlechtert hat.

a)

c) Die Disqualifizierung der "konfessionell Gebundenen" und der Pfarrer als politisch Unzuverlässige.

In Kreisen der Partei werden gläubige evangelische und katholische Christen als "konfessionell gebunden" disqualigiziert, ohne daß sie dazu einen anderen Anlaß gegeben haben, als Anhänger der Kirchen zu sein, denen man doch den Schutz ihrer religiösen Betätigung zugesagt hat. Unter dem Stichwort konfessioneller Bindung wird ein bestimmter Kreis von Volks- und Parteigenossen, der nach des Führers Wort in der Kampfzeit ohne geringsten Gewissenskonflikt in unserer Bewegung mitmarschieren konnte (Mein Kampf S.632) plötzlich - ohne daß er selber dazu Veranlassung gibt oder sich etwa weniger in seiner konfessionellen Betätigung zurückhält, als in der Kampfzeit- zu politisch unzuverlässigen Partei- oder Volksgenossen gestempelt, dementsprechend mit Mißtrauen betrachtet oder sogar behandelt. Zwei Begriffe: "Konfessionelle Gebundenheit" und "politische Unzuverlässigkeit", die, wie die Kampfzeit zeigte, nicht gleichgesetzt werden dürfen, werden gleichgesetzt. Der gläubige katholische und evangelische Christ ist "weltanschaulich nicht in Ordnung" und erfährt eine dementsprechende Zurücksetzung, vor der man sich in der Kampfzeit mit Recht schwer gehütet hatte. Am bittersten müssen das die Pfarrer erfahren, die alte Kämpfer sind, Ortsgruppen gegründet haben, in der Kampfzeit hunderte von Versammlungen abhielten oder Stürme führten, jetzt aber nicht nur nicht Parteiämter bekleiden dürfen, sondern auch als nicht mehr vollwertige, gerade noch geduldete Parteigenossen herumlaufen. Ihre Amtsbrüder - ganz gleich welcher Gesinnung - finden keine Aufnahme in der Partei und können sich noch freuen, wenn sie nicht mit Juden und Kommunisten in einem Atemzuge genannt werden.

Ich will der Partei keineswegs das Recht streitig machen, die für Erhaltung und Kampfkraft erforderliche innere Geschlossenheit durch die Forderung einer Zurückstellung konfessioneller Betätigung zugunsten

sten einheitlicher weltanschaulicher Ausrichtung von ihren Mitgliedern zu fordern - schon in der Kampfzeit ordneten wir dem Kampfe um ein gemeinsames Ziel alles andere unter! - hier wird vielmehr von mir beanstandet, daß Partei= und Volksgenossen nicht mehr als vollwertig angesehen und dif= famiert werden, weil nicht sie sich geändert haben, sondern bestimmte Kreise in der Partei von den Grundsätzen der Kampf= zeit und den im Parteiprogramme festgelegten Schutze der Freiheit des religiösen Bekenntnisses abweichen.

b) Die Benachteiligung solcher Partei= und Volksgenossen.

Es bleibt nun aber nicht bei der Disqualifizie= rung, man geht fortschreitend dazu über, die "konfessionell Gebundenen" zu benachteiligen. Ihr Festhalten an dem Glauben, in dem ihre Eltern sie erzogen haben, wird nicht nur hinder= lich für ihr Vorwärtskommen, es werden ihnen in zunehmen= dem Maße Rechte abgesprochen, auf die ein Volksgenosse, der seinen Pflichten nachkommt, Anspruch hat. Dies geschieht nicht allein mit dem leider auch im nationalsozialistischen Staate manchmal geübten Verfahren "hinten herum", sondern ganz offen und unverblümt. So wurde die Nichtberücksichti= gung bei Verteilung verknappter Futtermittelscheine offen mit der Einstellung der Volksgenossin zur Kirche begründet. Es blieb unberücksichtigt, daß die Volksgenossin zwei Söh= ne an der Front hatte. Einer Pfarrersfrau wurde die Ausrei= segenehmigung zum Besuch in Holland befindlicher Eltern ver= weigert, obwohl die Verhältnisse so lagen, daß in jedem gleichgelagerten Falle die Genehmigung unbedenklich erteilt worden wäre. Der Pfarrersfrau konnte es nicht entgehen, daß ihr die Genehmigung nur deswegen entzogen wurde, weil sie Pfarrersfrau war, und dies zu einem Zeitpunkte, wo sie wie= der Mutter wurde. An derartigen Beispielen, die sich belie= big vermehren lassen, wird erkennbar, daß wir uns von dem Grundsatze entfernten, daß kein Volksgenosse benachteiligt werden darf, weil er sich zu einem bestimmten Glauben oder zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft bekennt. Unser Kampf sollte aber immer nur denen gelten, die dem Bestande des Staates gefährlich werden!

c)

c) Einseitige Beschränkung der Meinungsäußerung - Verletzung der Pflicht der Zurückhaltung.

Ich rede nun keineswegs einer unbeschränkten Duldsamkeit das Wort und kenne die Bedenken gegen eine schrankenlos gewährte Gewissensfreiheit. Die Freiheit des Bekenntnisses ist einmal durch das Parteiprogramm selber auf diejenigen Bekenntnisse beschrankt, die nicht gegen den Bestand des Staates oder das Moralgefühl der germansichen Rasse verstoßen. Zum andern werden dem Parteigenossen und seiner religiösen Betätigung im Interesse der inneren Geschlossenheit der Partei durch das Gebot einer gewissen Zurückhaltung Schranken gesetzt. Schließlich sehe ich auch eine Verletzung des Grundsatzes der Duldsamkeit nicht darin, daß die Kirchen in eine private Sphäre zurückgedrängt werden oder eine amtliche Unterstützung nicht mehr erfahren. Soweit das Recht der freien Meinungsäußerung auf religiösem Gebiete gewährt wird, soll es aber für alle gelten, auch für Anhänger der Kirchen, denen es sehr erschwert oder unmöglich gemacht wird. Soweit aber Meinungen geäußert werden, sollte ihr privater Charakter mehr hervorgehoben werden - wie dies selbst Reichsleiter Rosenberg bei seinen Schriften betont - und nicht der Ausdruck erweckt werden dürfen, als handele es sich um parteiamtliche Auffassungen. Es geht jedenfalls nicht an, daß Redner, Amtswalter oder Einheitsführer ihrer persönlichen Einstellung zu den Dingen Luft machen und die Partei oder eine Einheit derselben auf dieselben festzulegen versuchen.

Dies ist sonderlich dann bedenklich, wenn die Ausführungen nicht gerade auf hohem Niveau stehen oder ein Zerrbild der Lehren der Kirchen, ihrer Bekenntnisse und Geschichte darstellen. Peinlich ist es geradezu, wenn sie in direktem Widerspruch zu dem stehen, was der Führer in "Mein Kampf" und seinen Reden ausführt, z.B. jemand einer Diesseitsreligion das Wort redet, während der Führer auf S. 336 in "Mein Kampf" erklärt, man könne sich eine Religion nach arischer Auffassung nicht vorstellen, der die Überzeugung des Fortlebens nach dem

Tode

Tode in irgendeiner Form mangelt, und dem die Diesseitigkeit des jeglichen Idealismus entbehrenden Juden gegenüberstellt.

Es soll jedoch nicht verkannt werden, daß von maßgebender Seite man sich teilweise mit gutem Erfolge durch entsprechende Verbote bemüht hat, gegen die Husarenritte auf religiösem Gebiete anzugehen. Gegen unverantwortliche Äußerungen, wie solche: " Nach dem Kriege werde die Kirchenfrage dadurch gelöst, daß man an einem Tage alle Pfarrer verhafte!" oder "Es sei schade, daß man mit den Synagogen nicht auch die Kirchen habe hochgehen lassen " sollte man aber rücksichtslos vorgehen, denn sie gefährden die Kampfgemeinschaft des deutschen Volkes und den Siegeswillen nicht weniger, als Feindpropaganda es vermöchte. Praktisch ist es leider jetzt so, daß jeder sagen kann, was er will, wenn es nur gegen die Kirchen geht, und daß zahllose Äußerungen von Rednern, Amtswaltern und Einheitsführern in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt haben, daß die Partei nicht mehr über den Bekenntnissen steht und nach der schon oben erwähnten Äußerung Rosenberg's die nationalsozialistische Weltanschauung die Kuppel nicht mehr bildet, unter der alle Bekenntnisse guten Willens vereinigt werden, sondern daß sie von dieser Höhe in den Glaubensstreit herabgestiegen und in den Kampf gegen die Kirchen und Christentum eingetreten ist. Und dies alles, obwohl unwiderrufene Führerworte und Äußerungen anderer maßgeblicher Männer dagegenstehen.

d) Gegen die Kirchen gerichtete Maßnahmen.

Daneben häufen sich die Maßnahmen, die die Wirkungsmöglichkeiten der Kirchen beschränken oder sich gegen ihre Einrichtungen richten. Sie beschränken sich nicht etwa darauf, die Kirchen aus einer nicht angemessenen Monopolstellung zu verdrangen und dem Staate zu geben, was des Staates ist, vielmehr handelt es sich um Eingriffe, die vermeidbar erscheinen, schlecht oder gelegentlich sogar zynisch begründet werden und garnicht anders als Kampfmaßnahmen gedeutet werden können. So wurde z.B. in einer dünnbevölkerten Gegend durch ein im Namen der Gewissensfreiheit erlassenes Verbot der Benutzung von Schulen für gottesdienstliche Zwek-

ke den alten Leuten überhaupt der Besuch eines Gottesdienstes unmöglich gemacht. Daß der Schriftverkehr zwischen den Geistlichen und ihren im Felde befindlichen Gemeindeangehörigen erschwert, kirchliches Schrifttum überhaupt untersagt wurde, ist von vielen Soldaten unangenehm empfunden worden. Das Problem der religiösen Kindererziehung wird bisher rein negativ gelöst, nämlich durch Fortfall des Religionsunterrichtes in den meisten Schulen. Auch kriegswirtschaftliche Bedürfnisse müssen oft genug als Vorwand für eingreifende Maßnahmen herhalten. Beispiele lassen sich beliebig anführen. Hierbei wirkt häufig die Form, in der dies geschieht, verletzend.

Wer amtlich tätig ist, kann die Beobachtung machen, daß die Vertreter der Kirchen bereitwilligst sich in sachlich gerechtfertigte Maßnahmen, die sie beschränken oder beeinträchtigen, fügen, insbesondere Maßnahmen, die durch die Kriegführung erforderlich werden, wenn sie taktvoll und gut begründet an sie herangetragen werden. Jedenfalls gehört es in solchen Fällen zu den Ausnahmen, wenn Schwierigkeiten bereitet werden. Leider muß aber in manchen Fällen festgestellt werden, daß man sich auf unserer Seite der Mühe einer sachlichen Begründung garnicht mehr unterzieht, sondern im Gegenteil, es wird der Geringschätzung über den Unwert der zu beseitigenden kirchlichen Einrichtung oder des zu beschränkenden kirchlichen Brauches in einer Weise Ausdruck verliehen, die garnicht anders als verletzend wirken kann.

Wenn wirklich nur eine sachliche Notwendigkeit vorliegt, so dürfte es jedenfalls nicht schwer sein, die betroffenen Kreise hiervon zu überzeugen, und dieser Mühe sollte man sich unterziehen!

Ebenso rufen staatspolizeiliche Eingriffe häufig den Eindruck hervor, daß es sich weniger darum handelt, eine staatsfeindliche Betätigung zu treffen, sondern um Maßnahmen zur Unterdrückung der kirchlichen Betätigung selber. Jedenfalls lassen sowohl kirchenfeindliche Äußerungen der Männer, die sie veranlassen und durchführen, sowie die Art und Weise der Durchführung vielfach keinen Zweifel daran. Es erübrigt sich wohl auf Einzelfälle einzugehen. Dabei will ich weder die Berechtigung aberkennen, daß gegen Geistliche im Falle staatsfeindlicher Betätigung genau so wie gegen andere Volksgenossen vorgegangen wird, noch daß darüber gewacht werden muß, daß

sich

sich nicht unter dem Deckmantel religiöser Betätigung Verschwörertätigkeit tarnt.

Auf die Grenzen der Anwendung polizeilicher Gewalt komme ich später noch zurück. Ich will hier nur einen öfters wiederholten Mißgriff als Beispiel herausgreifen, gegen den ich mich bereits 1938 an diejenige Stelle gewandt habe, die ihn veranlaßte. Es handelte sich um das Verbot einer Kaffeetafel bei der Zusammenkunft einer Gemeinschaft, die ein Angehöriger derselben im Anschluß an den Gottesdienst für die von auswärts kommenden Glaubensgenossen gegeben hatte. Sie ist das Musterbeispiel einer übrigens noch dazu halben Maßnahme, die nichts nutzt und grenzenlos schadet, und zu der ich damals folgendes ausführte:

" Ich betone deshalb, daß ich hier vom politischen Gesichtspunkte aus spreche und daß mir hierbei gerade besonders die Erfahrungen der Kampfzeit zur Seite stehen. Selbst bei der ödesten Veranstaltung in gedrücktester Stimmung hätte uns damls ein solches polizeiliches Eingreifen einen vollen Erfolg beschert.. Wir haben solches Eingreifen sogar mit Vergnügen provoziert. Wer aber derartige Erfahrungen mangels aktiver Betätigung in der Kampfzeit nicht gemacht hat, der sollte sich wenigstens aus den Ausführungen des Führers in "Mein Kampf" über die Grenzen polizeilicher Gewaltanwendung dahin unterrichten lassen, daß solche Maßnahmen gerade das Gegenteil des Gewinschten herbeiführen. Sind diese Sektierer Staatsfeinde, so ist ihnen durch diese Maßnahme nicht im geringsten geschadet, ja, sie haben sogar die Sympathie der Bevölkerung erworben, die über die Staatsgefährlichkeit einer Kaffeetafel primitiver urteilt. Haben sie aber keine staatsfeindliche Absichten, so muß sie eine solche Maßnahme empfindlich kränken und eine schwere Belastung für ihre Staatstreue bilden. Bekehrt ist jedenfalls keiner dadurch. Und eine solche Maßnahme zu einer Zeit, in der bereits alle an führender Stelle stehenden Persönlichkeiten sich darüber klar sein mußten, daß der Führer bei der Regelung der sudetendeutschen Frage es auf einen Krieg ankommen lassen würde, der doch die größten moralischen Anforderungen gestellt hätte. Aber nicht nur für das Durchhalten im Kriegsfalle hat solch eine - übrigens auch noch halbe -

Maß-

Maßnahme verheerende Auswirkungen auf die Stimmung der Bevölkerung, sondern auch im Frieden. Dies weiß jedenfalls jeder, der noch etwas innere Verbindung mit der Bevölkerung gehalten hat und gegen den diese sich noch nicht völlig abschließt."

e) Die Haltung gegenüber dem Christentum.

aa) Die zunehmende Abkehr von demselben.

Wir kommen damit zum zweiten Grundsatz des Parteiprogramms, der praktisch außer Kraft gesetzt ist, nämlich der, daß die Partei als solche den Standpunkt eines positiven Christentums vertritt. Es wird zwar vom Führer niemals authentisch gesagt, was unter positivem Christentum zu verstehen ist. Immerhin enthält aber das Wort "Christentum" ein Bekenntnis zu Jesus Christus, seinem Stifter. Mit diesem Bekenntnis ist aber das, was jetzt geschieht, nicht in Einklang zu bringen. Das Christentum, noch 1933 vom Führer als "die Basis unserer gesamten Moral" (Aufruf der Reichsregierung vom 1.II.1933) oder als "unerschütterliches Fundament der Moral und Sittlichkeit des Volkes" (Rede vor dem Reichstag am 23.III. 1933) gekennzeichnet, wird offiziell totgeschwiegen, versteckt teilweise fanatisch bekämpft. Aus dem öffentlichen Leben wird alles, was mit Christentum zu tun hat, ausgemerzt, mögen dies christliche Feiertage, alte Bräuche, oder die den Menschen durchs Leben begleitenden Einrichtungen, wie Taufe, kirchliche Trauung oder kirchliches Begräbnis sein. Auch das Symbol des Kreuzes, das die Gräber unserer Ahnen und der Gefallenen des Weltkrieges ziert, scheint hiervon nicht verschont werden zu sollen. Nationalsozialistische und christliche Weltanschauung werden einander bei Schulungen usw. als unvereinbare Gegensätze gegenübergestellt; es wird unter Hinweis auf die Seiten 506, 507 in "Mein Kampf" (Kapitel: Weltanschauung und Organisation) verlangt, die Konsequenz der Abkehr vom Christentum zu ziehen. Dies, obwohl der Führer die historische Bedeutung des Christentums auf der Schlußrede des Nürnberger Parteitages 1935 positiv gewürdigt hat und bei der Eröffnungsrede desselben Kongresses, bisher unwiderrufen, erklärte: "Die Partei

tei hat weder früher, noch heute die Absicht, in Deutschland irgend einen Kampf gegen das Christentum zu führen."

Man kann angesichts der Tatsache, daß man das Wort "Christentum" im Parteiprogramm gewählt hat, nicht den Versuch machen, es wieder hinauszuschaffen, indem man sich auf die ausschließliche Befugnis der Auslegung beruft und behauptet, das, was man täte, wäre eben positives Christentum. Abgesehen davon, daß Auslegungen ihre Grenzen haben und gerade die zur Verkehrung ins Gegenteil führende Auslegungskunst als typisch jüdisch gebrandmarkt wurd , sollte man weniger zynisch in solchen Sachen sein, denn es steht das Vertrauen eines Volkes in das gegebene Wort auf dem Spiel. Daß die "Partei als solche" den Standpunkt eines positiven Christentums vertritt, schließt zwar nicht aus, daß Parteigenossen einen anderen vertreten können, was dem Grundsatze der Duldsamkeit entsprechen würde; es schließt aber aus, daß die offizielle Haltung der Partei eine andere, als eine christliche ist, also auf Christus Bezug nimmt?

bb) Kritik einer besonderen Erscheinung der Abkehr vom Christentum.

In diesem Zusammenhange komme ich auf eine Maßnahme, die an sich nicht von erheblicher Bedeutung ist, aber zeigt, wie leicht man auf eine falsche Weiche geraten kann. Seit einiger Zeit wird im Schrifttum bei Angabe geschichtlicher Daten die Bezeichnung "vor bezw. nach Christi Geburt" durch "vor bezw. nach der Zeitenwende" oder "Beginn der Zeitrechnung" ersetzt. Vor einer solchen Maßnahme hätte selbst derjenige Bedenken bekommen müssen, der Jesus Christus und das Christentum völlig aus der Erinnerung auslöschen will. Wer die neue Bezeichnung gebraucht, wird nämlich der Beantwortung der Frage nicht entgehen können, welches Ereignis denn so bedeutsam gewesen sei, daß man von ihm eine neue Zeitrechnung datiert oder es als Zeitenwende bezeichnet. Er wird dieses Ereignis nicht verschweigen können, was auch erklärlich macht, daß diese Maßnahme in christlichen Kreisen kaum Empörung, sondern ein Lächeln hervorruft. Darüber hinaus ist sie aber der Größe unserer Zeit nicht würdig. Es handelt sich um diejenige Persönlichkeit, die durch ihre Größe im gesamten nordisch-germanisch bestimmten Abendlande den letzten zwei Jahrtausenden den Stempel aufgedruckt hat, die unsere Vorfahren als Gott ver-

verehrten und zu der sich ein beachtlicher Teil unserer Volksgenossen, schließlich auch das Parteiprogramm, bekennt, ganz abgesehen von den anderen europäischen Völkern, die zu einem Staatenbunde zusammenzuschließen, wir uns anschicken. Es ist ein Merkmal der nationalsozialistischen Leistung, den Sinn für geschichtliche Größe in weiten Kreisen wieder geweckt zu haben, was äußerlich in der Flut von mehr oder minder guten Lebensbeschreibungen großer Männer und geschichtlicher Romane zum Ausdruck kommt. Sollte es in dieser Zeit, die einstmals in die größten Epochen der Weltgeschichte eingereiht werden wird, nicht ein etwas kleiner Zug sein, eine Persönlichkeit totzuschweigen, deren Auswirkungen und deren Lehre - mag sie richtig oder falsch verstanden sein - aus der Geschichte unseres Volkes und der Weltgeschichte nicht hinwegzudenken ist? Hier scheint es mir fast, als ob die nationalsozialistische Selbstsicherheit für einen Augenblick verloren gegangen ist und man vor einem weltgeschichtlichen Ereignis die Flucht ergreift, um das nun einmal nicht herumzukommen ist und das die Grundlage bleiben wird, auf der auch die deutsche Geschichte ihren Fortgang nimmt. Auch Irrwege der Geschichte hinterlassen ihre Spuren, so erst ein Ereignis, ohne dessen Hilfe keine germanischen Staatenbildungen bei der Schaffung des ersten germanischen Reiches denkbar gewesen wären (vgl. hierzu Schlußrede des Führers auf dem Nürnberger Parteitag 1935). Man sollte deshalb, wenn man vom Jahre 1933 spricht, ruhig zugestehen, daß es sich um das Jahr 1933 nach Christi Geburt handelt; verschweigen läßt es sich nicht und die Bedeutung dieses Jahres wird dadurch nicht herabgemindert.

2) <u>Auseinandersetzung mit Einwänden gegen Kirchen und Christentum, die einen Kampf gegen dieselben rechtfertigen sollen.</u>

Mit den von dem Führer und maßgebenden Männern der Partei verkündeten Grundsätzen ist überhaupt ein Kampf gegen die Kirchen nicht vereinbar. Früher richtete sich der Kampf gegen eine Politisierung der Kirchen oder den Mißbrauch derselben zu politischen Zwecken; dabei wurde erklärt, daß eine solche Reinigung im Interesse des religiösen Bestandes der Kirchen selber läge. (Mein Kampf, S. 125 f, 294 und die oben

<u>ange=</u>

angeführten Zitate). Seit einiger Zeit bezeichnet man aber die Kirchen selber unverblümt als weltanschauliche Gegner, mögen ihre Vertreter guten Willens sein oder nicht. Es ist deshalb die Frage zu erörtern, ob die Kirchen selber Veranlassung zu einem solchen Wandel der Einstellung ihnen gegenüber geben oder gegeben haben.

a) Ist Unduldsamkeit gerechtfertigt, weil die Kirchen die Anforderungen des Parteiprogramms nicht erfüllen oder die Anhänger der Kirchen von vornherein gegen den nationalsozialistischen Staat eingestellt sind?

Man wendet häufig ein, daß die Kirchen den Anforderungen des Parteiprogramms nicht entsprächen und ihre Anhänger staatsfeindlich eingestellt wären. Hierzu ist zunächst zu sagen, daß wir in der Kampfzeit nichts davon gehört haben und daß noch 1933 der Führer "in den beiden christlichen Konfessionen die wichtigsten Faktoren zur Erhaltung unseres Volkstums" sieht (Rede vom 23.III.1933 vor dem Reichstag).

Wenn auch wohl die Hoffnungen, die der Führer damals an die künftige kirchliche Entwicklung knüpfte, enttäuscht wurden, und wohl nicht allein durch die Schuld der Kirchen, so ist seitdem doch wohl nicht ein solch grundlegender Wandel eingetreten, der den völligen Umschwung von Unterstützung zur Bekämpfung rechtfertigen könnte, Oder wann ist er eingetreten? Von maßgeblicher Seite verkündet wurde er niemals und liegt wohl auch nicht im Willen des Führers. Was man beharrlich als staatsgefährlich erklärt, wird natürlich staatsgefährlich, auch wenn es das ursprünglich nicht war oder nicht sein wollte. Und darin, daß man die Kirchen in eine Oppositionsstellung drängt, beruht gerade die Gefahr der von mir geschilderten Verhältnisse. Von den jetzt meist stark aufgebauschten Erscheinungen, die eine Staatsgefährlichkeit beweisen sollen, dürfte wohl zunächst abzuziehen sein, was natürliche Rückwirkung der von mir bereits kritisierten Maßnahmen ist und unterbleiben wird, wenn die vermeidbare Ursache beseitigt wird.

Hier sei erwähnt, daß gerade die Unwahrheit als die Atmosphäre vergiftend sich breit macht. Die gleichen Kräfte, die sich nicht mit Zurückweisung ungerechtfertigter

kirchlicher

licher Machtansprüche und Anmaßung begnügen, sondern es darauf anlegen, die Gegensätze aufzureißen, sind auch hier am Werke. Es ist eine weitverbreitete Unsitte, Zerrbilder von kirchlichen Lehren und Gebräuchen zu zeichnen, um dann drauflos zu schlagen. Scheinbar hemmungslos wird falsch berichtet oder ein Vorgang entstellt wiedergegeben, wenn nur Ungünstiges über die Haltung der Vertreter der Kirchen und ihrer Anhänger vorzubringen ist. Umgekehrt dürfte derjenige, der hier die nackte Wahrheit berichtet, Gefahr laufen, als politisch unzuverlässig oder als "konfessionell gebunden" verschrieen zu werden und sich davor hüten. Es kann aber nicht gut enden, wenn die maßgebenden Stellen ständig falsch unterrichtet werden. Falsche Voraussetzungen führen zu falschen Maßnahmen. Es ist auch nicht übertrieben, wenn ich sage, daß dieser Unwahrhaftigkeit ein gut Teil der Schuld an den bestehenden Spannungen zuzuschreiben ist!

Man wird auch einen Eintritt in den Kampf gegen die Kirchen mit der feindlichen Haltung der gläubigen Protestanten und Katholiken selber nicht begründen können. In der katholischen Kirche hat es zwar immer reichsfeindliche Strömungen gegeben. Man sollte die Schuld an ihnen aber nicht jedem gläubigen Katholiken in die Schuhe schieben, insonderheit nicht denen, die sich gegen diese Strömungen zur Wehr gesetzt haben. Diese läßt man einfach fallen. Man muß ferner berücksichtigen, daß die oben geschilderten Verhältnisse bei denen, die fest an ihrem kirchlichen Glauben halten, nicht gerade begeisterte Zustimmung finden können. Von entscheidender Bedeutung ist aber die Frage: Wo hat man im Weltkriege oder in diesem Kriege die Erfahrung gemacht, daß die sogenannten "konfessionell gebundenen" Volksgenossen sich irgendwie schlechter schlügen oder weniger einsetzten wie die anderen? Im Weltkriege bezeugt die unverhältnismäßig große Zahl der gefallenen evangelischen Theologen wohl das Gegenteil, und diesmal wird man bei den in den schwersten aller inneren Konflikte gestellten Soldaten nicht die Beobachtung eines Versagens gemacht haben. Man wird hier der Wahrheit die Ehre geben und einsehen müssen, wie ungerecht man diesen Volksgenossen mit Disqualifizierung, Diffamierung und Benachteiligung tut. Die Einsatzbereitschaft der streng

kirch=

kirchlich Gläubigen trotz schwerer seelischer Anfechtungen ist wohl der unwiderleglichste Beweis für ihre Reichstreue.

Die manchmal gestellte Frage, wie sich die gläubigen Christen verhalten würden, wenn man sie vor die Entscheidung "Kirche oder Staat", "Glaube oder Treue zum Führer" stellte, erübrigt sich, wenn man sie nicht in diesen überflüssigen Konflikt bringt.

b) Ist das Christentum artfremd?

In verschiedensten Wendungen wird dem Christentum eine artfremde (jüdische) Vergiftung der Volksseele in die Schuhe geschoben. Da würde zunächst die Frage zu stellen sein, wann man diese angeblich tötliche Gefahr entdeckt haben mag. In "Mein Kampf" S. 336 sagt der Führer, daß des Juden Geist dem wahren Christentum innerlich so fremd ist, wie sein Wesen es zweitausend Jahre vorher dem großen Gründer der neuen Lehre selber war. Daß der Führer 1933 seine Ansichten noch nicht geändert hatte, geht aus den oben angeführten Zitaten hervor, und es ist nirgendwo ein Anhalt dafür zu finden, daß er jetzt anders denkt. Neben Rosenberg's Ausspruch von dem "extrem antijüdischen Christentum" können auch noch Aussprüche des verstorbenen Gründers des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, Gauleiters Hans Schemm herangezogen werden. Nachdem er dargelegt hat, daß unsere Väter in der vorchristlichen Zeit eine wundervolle Weltanschauung gehabt hatten, fährt er fort:

Ich glaube, daß der Weg, der dann im christlichen Sinne beschritten worden ist, sich in Deutschland nicht im mindesten so tief hätte eingraben können, wenn nicht die Religion, Weltanschauung und Gottessehnsucht so herrlich tief im deutschen Menschen verankert gewesen wäre. ..... Hätte man das Christentum den deutschen Stämmen bringen können, wenn es nicht schon im Keime in ihnen gesteckt hätte? ..... Unser Volk stand in seinem seelischen und geistigen Wesen den Ideen des Christentums am nächsten von allen Völkern. Daß es die christlichen Ideen mit solcher wundervollen Innerlichkeit aufgenommen hat, verdankt das Christentum einzig und allein dem Umstande, daß das Gottestum und die Religion unserer Väter bereits eine so wunderbar tiefe Innerlichkeit besessen haben. .....Es besteht ein innerlicher Wesenszusammenhang zwischen dem Chri-

stentum

stentum und dem Germanentum.....(Hans Schemm spricht" S. 134, 135).
Schließlich haben auch große Männer in der Vergangenheit ohne Schaden an ihrer Seele sich zum Christentum bekannt. Das Christentum hat auch nicht bloß schwache Charaktere angezogen, vielmehr haben sich stärkste Persönlichkeiten , von denen Bismarck und Friedrich Wilhelm I die bekanntesten sind, zu ihm hingezogen gefühlt.

c) Ist das Christentum unwissenschaftlich?

Es wird weiter häufig angeführt, daß die Dogmen den Ergebnissen der exakten wissenschaftlichen Forschung widersprächen. Denen, die hieraus die Begründung zu einem Kampfe gegen das Christentum herleiten wollen, muß erwidert werden, daß dies nicht erst jetzt entdeckt worden ist, sondern daß auf diese Entdeckung die liberale Epoche vor dem Weltkriege schon stolz war. Dieses aufgeklärte Zeitalter setzte Gläubigkeit mit Beschränktheit und Dummheit gleich, eine Auffassung, über die wir hinaus sein sollten, die wir den "Sieg des Glaubens" kennen und erfahren haben, daß derartige Kräfte nicht verstandesmäßig-intellektueller Kritik unterliegen, sondern als Berge versetzende irrationale Mächte empfunden werden müssen, mit denen platte Aufgeklärtheit nichts anzufangen weiß.

d) Der Universalismus des Christentums.

Das Christentum entstand in einer Zeit, in der die Nationalstaaten (und mit ihnen die Nationalreligionen) verfallen und in das römische Imperium aufgegangen waren, das vor der Aufgabe stand, nicht ein Volk gleichen Blutes und gleicher Überlieferung, sondern gänzlich verschiedenartige Massen zusammenzuhalten und ihnen staatliche Ordnung und Frieden zu geben. In dieser Zeit, in der die Volkstumsgrenzen sich verwischten, zeigte das Christentum universalistische Züge und beschränkte seinen Wirkungskreis nicht auf ein bestimmtes Volk, sondern auf die gesamte in einem gewaltigen Staatsverbande zusammengefaßte Menschheit, die kein völkisches Ideal mehr hatte, sondern von einer imperialen Idee beherrscht war. Der christliche Universalismus ist nun in der heutigen Zeit des völkischen Aufbruchs ebenfalls Gegenstand

genstand heftigster Angriffe verschiedenster Art. Es wird sogar behauptet, daß das Christentum die Gesetze des Blutes und die natürliche Ordnung der Schöpfung verleugne. Wer eine solche These verficht, vermag die wesentlichen Züge des Christentums nicht von den unwesentlichen zu unterscheiden. Die zeitlichen Gewänder, in die sich eine Religion kleidet, die Jahrtausende überdauert, lenken vielleicht einmal von ihrem für alle Zeiten gültigen Wahrheitskern ab, sie sind aber nicht notwendiger Bestandteil derselben und können ohne Schaden abgelegt werden. In der Entstehungszeit des Christentums und in der nachfolgenden Zeit standen andere weltanschauliche Probleme im Vordergrund als in der heutigen Zeit des erwachenden Nationalbewußtseins. Auch das Selbstgefühl der damaligen Menschheit war ein anderes wie das heutige. Von solchen Zeitumständen ist das Christentum zwar beeinflußt, sie sind aber nicht bestimmend für dasselbe, und es besteht keine zwingende Notwendigkeit, mit einem zeitbedingten Zuge des Christentums das Christentum überhaupt zu verwerfen. Es bedeutet auch noch keine Verleugnung rassischer und völkischer Eigenart, wenn sich das Christentum ausschließlich mit solchen Problemen befaßt, die in der gemeinsamen menschlichen Natur begründet sind. Die Unkenntnis der Rasse- und Blutsgesetze ist auch keine typische christliche Erscheinung, sondern eine allgemeine Erscheinung der Zeit vor Auftreten der nationalsozialistischen Idee, die deshalb den Rahmen des Christentums nicht zu sprengen und mit demselben seine sämtlichen religiösen Werte zu verleugnen braucht.

Schließlich hat das Christentum in seiner evangelischen Form bereits eine nationalstaatliche Prägung erhalten. Eine gesunde Fortentwicklung wäre doch wohl - abgesehen davon, daß sie dem Parteiprogramm entspräche - dem völligen Bruch mit der Vergangenheit vorzuziehen, der schwere Gefahren für unser Volk, die Führerauslese und den Bestand der Partei ohne Notwendigkeit herbeiführt!

c) Die katholische Kirche als überstaatliche Macht.

Das schwerwiegendste Bedenken, das allerdings nur für die katholische Kirche gilt, ist dasjenige, daß sich gegen die überstaatliche Führung derselben, nämlich durch

das

des Papsttum in Rom, vom nationalen Standpunkte aus empfinden läßt. Es braucht hier garnicht auf die die Kraft des Reiches verzehrenden Kämpfe des Mittelalters zurückgegriffen, sondern nur die Frage gestellt werden, ob mit einem Nationalstaat modernder Prägung eine außerhalb desselben liegende kirchliche Führung verträglich ist. In der Kampfzeit sah der Führer keine so große Gefahr darin, daß der Kampf gegen die Kirche selber hätte angesagt werden müssen. Er fand gegen derartige Versuche sogar sehr scharfe Worte des Tadels und trennte sich auch aus diesem Grunde von der deutsch-völkischen Bewegung. (Mein Kampf, S. 633). Nach der Machtübernahme 1933 schloß er "gewillt, das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem Staat für den Gesamtbereich des deutschen Reiches in einer beide Teile befriedigenden Weise dauernd zu regeln" (Einleitung zum Konkordat vom 12.IX.1933 (RGBl. II S. 679) ein Konkordat mit dem heiligen Stuhl ab, welches nicht hätte abgeschlossen werden können, ohne daß die Hoffnung bestand, mit dem Papsttum zu einem dauernden Einvernehmen zu kommen. Das Konkordat besteht noch heute und verpflichtet, in seinem Geiste zu handeln. Die Frage der internationalen Bindungen der katholischen Kirche ist im übrigen durch die Entwicklung des Reiches zur europäischen Führungsmacht auf eine andere Ebene gerückt. Doch ist es nicht Aufgabe dieser Schrift, sich mit den Folgerungen zu befassen, die hinsichtlich der katholischen Kirche aus dieser neuen Lage zu ziehen sind.

Im übrigen sollte man den Kampf gegen den Ultramontanismus nicht auf der religiösen Ebene, sondern nach den bewährten Grundsätzen der Kampfzeit gegen den politischen Katholizismus politisch führen. Auf politischem Gebiet sind wir die Stärkeren, während wir auf religiösem weder etwas Gleichwertiges geleistet haben, noch leisten wollten (Mein Kampf S. 124/125). Wir sollten das Zutrauen zu unserer politischen Durchschlagskraft behalten und die in der Zeit der Eroberung der Macht bewährte Trennung religiöser und politischer Fragen beibehalten. Eine konsequente politische Erziehung wird die Gefahren des Ultramontanismus und Separatismus bannen können. Eine solche Erziehung wird die Massen der katholischen Kirche absolut erfassen und Macht über sie gewinnen. Oder hält man die politische Idee des Nationalsozialismus und die Blutsgemeinschaft des deutschen Volkes für so schwach, daß

man daran zweifelt?

Indem ich hiermit auf die wesentlichsten Einwände kurz eingegangen bin, die gegen Christentum und Kirchen als Begründung für eine Bekämpfung anzuführen waren, fasse ich das Ergebnis dahin zusammen, daß keiner der Einwände mir stichhaltig genug erscheint, um einen so folgenschweren Schritt ausreichend zu begründen, und allen offiziellen Verleutbarungen zuwider einen Kampf gegen Kirchen und Christentum zu beginnen, ohne Rücksicht darauf, ob die Anhänger dieser Kirchen und die gläubigen Christen guten oder bösen Willens sind. Und bösen Willens sind in den Kirchen nicht mehr als sonst im Volke gewesen. Wenn gläubige Anhänger der Konfessionen dazu durch Kampfmaßnahmen gemacht worden sind, so ist das zwar ein Zustand, dem Rechnung zu tragen ist, die Verantwortung dafür sollte man denjenigen, die ihren Glauben bedroht fühlen und sich deshalb zur Wehr setzen, nicht aufbürden. Man möge die Ursache beseitigen, dann wird auch die Wirkung ausbleiben.

3) Die Auswirkungen von kirchen- und christentumsfeindlichen Maßnahmen.

a) Ihre Mißerfolge.

Als unmittelbare Rückwirkung aller dieser Erscheinungen zeigt sich zeitweilig eine in den letzten Monaten wieder zunehmende, keineswegs künstlich geschaffene, namenlose Erregung in weiten Kreisen der Bevölkerung, der man auf unserer Seite mit einer mich immer wieder verblüffenden Verständnislosigkeit und Geringschätzung gegenübersteht. Erstes Ergebnis dieser durch eine starke nationale Disziplin der Bevölkerung gedämpften Erregung ist eine innere Stärkung der Kirchen, ein Erfolg, den man doch sicher nicht bezweckt hat. Man hat zahllose evangelische und katholische Volksgenossen nicht etwa gewonnen, sondern in die Arme der Kirchen zurückgedrängt. Gerade den gutwilligen Teil, den man zu gewinnen trachten sollte, setzt man schwersten inneren Konflikten aus. Den Vorteil hat der böswillige Teil, dem man Zutreiberdienste leistet. Damit wird dann eine Gesinnung erst bösartig gemacht, die es bis dahin noch nicht gewesen war. Es werden auf diese Weise Gegensätze aufgerissen, die vorher nicht bestanden.

Diesen

Diesen wohnt die Neigung zu immer weiterer Verschärfung inne, denn Angriff und Gegenwehr erzeugen weitere Spannungen. Schließlich führt die Entwicklung dahin, daß die Gegensätze unüberbrückbar werden und das Verhängnis seinen Lauf nimmt. Es endet dann entweder in einem Blutbad oder in einem mit einem gewaltigen Prestigeverlust verbundenen Rückzuge. Diese beiden für unser Volk unheilvollen Konsequenzen scheinen sich diejenigen nicht vor Augen zu führen, die die Brandfackel des religiösen Zwistes in unser Volk hineinwerfen, der nicht mit sauberer geistiger Auseinandersetzung, sondern mit Mitteln der Gewalt ausgetragen wird.

Diejenigen, die glauben, jetzt einen Kampf gegen Kirchen und Christentum entfesseln zu müssen, sollten sich insbesondere ihre Mißerfolge zur Lehre werden lassen. Zu bedenken sollte beispielsweise geben, daß der Zustrom zum Theologenstudium kaum nachgelassen hat, daß die jungen Leute, die diesen Beruf heute ergreifen, ihm aus voller Überzeugung anhängen und durch mancherlei Anfechtung gehärtet werden. Man darf ferner nicht übersehen, daß der Erfolg der Kirchenaustrittspropaganda nur gering ist und die getroffenen Maßnahmen zum Teil hervorragend geeignet sind, die Sympathieen weiterer Bevölkerungskreise den Kirchen zu erkämpfen. Auch Kreise, die in keinem inneren Verhältnis zur Kirche stehen, empfinden eine Reihe von Maßnahmen als ungerecht und lehnen sie ab. Es dürfte sicherlich nicht die Absicht der Urheber solcher Maßnahmen sein, die moralische Position der Kirchen zu stärken. Das Rechtsempfinden im deutschen Volke werden wir aber nicht ausrotten können. Wir tun im Gegenteil gut daran, es zu pflegen, es ist eine gemeinschaftsbildende Kraft.

b) Gefährdung der Kampfgemeinschaft des deutschen Volkes im Kriege.

Man sollte nun im Kriege ganz besonders daran denken, daß all s zurückzustellen ist, was dem einen Ziele, der Erringung des Sieges, abträglich ist. Welcher geradezu ungeheuerlichen seelischen Belastung wird die kirchentreue Bevölkerung ausgesetzt? Wie muß es im Innern eines Menschen aussehen, der sich ganz für sein Vaterland einsetzen will und die Erfahrung machen muß, daß ihm dieses Vaterland das nehmen will, was ihm heilig ist? Treue, anständige Menschen, die für Großdeutschlands Zukunft mit vollem Einsatz kämpfen wollen, werden vor

der

der Verzweiflung doch nur deswegen bewahrt, weil sie instinktiv fühlen und glauben, daß der Führer mit diesem allem nicht einverstanden ist, und die Hoffnung hegen, daß er - wenn er einmal Zeit hat - gründlich aufräumen wird!

Wer bewußt oder leichtfertig künstliche Gegensätze zwischen Partei und Staat einerseits, Kirche und Christentum andererseits herbeiführt oder verschärft, übernimmt vor der Zukunft des Großdeutschen Reiches die schwerste Verantwortung. Er stört im Kriege die Kampfgemeinschaft des deutschen Volkes! Der Führer hat uns darum im August 1940 wissen lassen, daß er "alle nicht unbedingt notwendigen Maßnahmen zu vermeiden wünscht, die das Verhältnis des Staates und der Partei zur Kirche verschlechtern könnten." Es besteht auch gar keine Veranlassung, die bewährten Grundsätze der Kampfzeit über den Haufen zu werfen, wo Zurückhaltung in persönlichen Glaubensfragen, Achtung vor der Überzeugung des anderen und Ausrichtung auf ein gemeinsames Kampfziel eine Einheit schuf, mit der wir die Macht eroberten! Was damals für die Einheit der Partei galt, gilt heute für die Einheit des deutschen Volkes.

4) Vorschläge zur Behebung der entstandenen Schwierigkeiten.

a) Die Duldsamkeit eine germanische und nationalsozialistische Tugend.

Nach dem oben Ausgeführten erscheint es weder politisch zweckmäßig, noch besteht ein zwingender Grund dafür, den Grundsatz der Duldsamkeit aufzugeben, in den Kampf mit den Kirchen einzutreten oder ihre Anhänger zu verfolgen. Die Partei sollte an dem Grundsatze festhalten, den Reichsleiter Rosenberg im Völkischen Beobachter vom 18.XI.1933 verkündete:

"Ebenso wenig, wie die politische Partei ein Mittel für Religionsstifter sein darf, kann sie Handlanger werden für bereits bestehende Konfessionen in ihren geistigen Auseinandersetzungen. Das ist nicht Rückkehr zum Liberalismus, sondern Rückkehr zu einer alten germanischen Tugend, der religiösen Freiheit des Denkens, für die Jahrhunderte lang Europa gekämpft hat und geblutet hat, um diese einst verlorene Charakterhaltung wiederherstellen zu können."

Besonders wichtig scheint mir noch an dieser Äußerung zu sein, daß diese Weitherzigkeit, die eine Vorbedingung unabhängigen, aufrechten Mannestums und ehrlicher und offener Bezie-

Beziehungen der Volksgenossen zueinander ist, als germanische Tugend gepriesen und gewertet wird. Man wird mit ihr auch am weitesten kommen! Schließlich wird auch gerade im nationalsozialistischen Schrifttum die Reformation Martin Luthers als Durchbruch der germanischen Geistesfreiheit durch eine Welt geistiger Knechtung gefeiert. Auf dieser Grundlage wurde der preußische Staat errichtet, ein Staat von wunderbarer innerer Solidität und Kraftentwicklung. Mit dem Worte "Raisonniert, aber pariert!" forderte der große König zwar den ihm schuldigen Gehorsam, ließ aber ein Ventil offen, um nicht eine Atmosphäre widerlicher Heuchelei zu begünstigen. Auf dieser Grundlage entwickelte sich auch eine deutsche Geisteskultur. Soldatische Haltung entspricht dem deutschen Blute mehr als unduldsames Zelotentum. Man sollte deshalb auf das Parteiprogramm sich wieder besinnen, für dessen Durchführung rücksichtslos einzutreten, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens, die Führer der Partei im Schlußsatz desselben versprechen. Weit haben wir uns von der Linie der Kampfzeit entfernt, wo in unseren Reihen der gläubigste Protestant neben dem gläubigsten Katholiken sitzen konnte, ohne je in den geringsten Gewissenskonflikt mit seiner religiösen Überzeugung geraten zu müssen (vgl. "Mein Kampf", S. 632)

b) Die Möglichkeiten einer Anpassung zeit- und umweltbedingter Lehren der Kirchen an Erfordernisse der heutigen Zeit.

Der Umstand, daß liberale und marxistische Zersetzungstätigkeit bereits die Autorität der kirchlichen Dogmen in weitesten Kreisen des Volkes erschüttert hat und sich diese auch nicht wiederherstellen läßt, macht die Aufgabe nicht unlösbar, ihre Lehren, Einrichtungen und Bräuche zu revidieren, mit dem Ziele der Anpassung der Glaubenssätze an das heutige Weltbild, sowie der Loslösung derselben von zeit- und umweltbedingten Erscheinungen, ihrer Entstehung und Geschichte und der Herausstellung der ewig gültigen Werte des Christentums, auf das in ihrem Programm die Partei sich festgelegt hat. Allerdings wird man auch hier - und zwar nicht ganz mit Unrecht - auf den hartnäckigen Widerstand derjenigen orthodoxen Christen stoßen, die an den überkommenen Glaubenssätzen nicht rütteln lassen wollen und sich hierbei auf "Mein Kampf S. 293 und 416/417 berufen können. Wer aber auf

den

dem Standpunkte steht, daß die überkommenen Glaubenssätze nicht sämtlichst ewig gültige göttliche Offenbarungen sind, vielmehr zeit- und umweltgebundene Menschen bei ihrer Entstehung gewirkt haben, wird diesen Widerstand nicht überschätzen. Menschenwerk kann durch Menschen geändert werden, und zur Befestigung der Lehren der orthodoxen kirchlichen Richtungen in den Herzen der Jugend ist eine Umgebung notwendig, in der diese allgemein als unerschütterlich anerkannt werden und jeder Zweifel verfolgt wird. Ist diese nicht vorhanden und werden die Dogmen nicht autoritativ anerzogen, so verschwinden sie allmählich. Es ist also nur eine Frage der Zeit, daß diese Widerstände gänzlich aufhören und einer Anpassung der Glaubenssätze nicht mehr hindernd im Wege stehen. Diese Auseinandersetzungen können sich aber unter völliger Neutralität von Staat und Partei vollziehen. Der Einsatz staatlicher Machtmittel oder der Parteidisziplin führen zu einer Abwehr, die den Prozeß unnötig verlängert. Man wird hier am ehesten mit Mitteln einer sauberen, geistigen Auseinandersetzung siegen und überzeugen können. Es wird auch kein ernsthafter Mensch um die nicht erst vom Christentum aufgeworfenen Probleme der Schuld, Sühne, Erlösung, der ausgleichenden Gerechtigkeit und des Fortlebens nach dem Tode herumkommen, da sie in der unveränderlichen menschlichen Natur und ihren religiösen Bedürfnissen selber wurzeln. "Die Zeiten ändern sich, aber der Mensch bleibt immer derselbe!" sagt Goethe. Somit gibt es auch ewig gültige Wahrheiten für die ewig gleichbleibende Menschennatur. Besser täte man in unseren Kreisen, wenn über diese Probleme, um die die Menschheit immer wieder gerungen hat, nicht ganz so oberflächlich gesprochen würde, wie dies Mode geworden ist. Die Oberflächlichkeit sticht auch in unangenehmer Weise davon ab, wie man gerade an der Front über die religiösen Probleme denkt, wo man bei den Anforderungen, die dort an die letzten und tiefsten seelischen Kräfte gestellt werden, sich ganz andere Fragen vorlegt und Antworten auf sie zu finden sucht. Schließlich sollte auch eine gewisse Ehrfurcht vor dem, was unsere Väter in tiefsten Inneren bewegt hat, die Erörterungen religiöser und kirchlicher Probleme auf eine höhere Ebene heben.

c) <u>Ehrfurcht und Achtung vor charakterfester Haltung sichern gute Auslese.</u>

Neben dem Mangel an Ehrfurcht vor dem, was unseren

seren Vorfahren heilig war und Kameraden heilig ist, macht sich vielfach auch ein Mangel der Achtung vor der Überzeugung des anderen bemerkbar, der mir als Folge eines fremden Tropfens Blutes im deutschen Volkskörper vorkommt. Wie mag es charakterlich um denjenigen bestellt sein, der z.B. von einem anderen die Umstellung in Windeseile verlangt oder einen Volksgenossen, der gläubiges Mitglied der Kirche ist, Knall und Fall zum Kirchenaustritt auffordert? Wer ein solches Ansinnen an charakterfeste Männer bedenkenlos richtet, hat kein Empfinden für die Zumutung und Mißachtung, die in ihm liegt. Nur Konjunkturrittern, oberflächlichen Menschen oder denjenigen, die an nichts glauben, kann man einen solchen jähen Gesinnungswechsel zumuten. Bei jedem anderen Menschen wird die Änderung der Überzeugung nicht ohne tiefe innere Kämpfe vonstatten gehen, wenn er eine solche gehabt hat.

Auch das Ergebnis der oberflächlichen oder zwangsweise durchgeführten Bekehrungsmaßnahmen ist kein erfreuliches, vielmehr eine höchst unerfreuliche Gegenauslese. Das charakterfeste Element, dem die Überzeugung tiefer wurzelt und ohne dessen festhaltende Kraft der ewige Bestand eines Staatswesens nicht denkbar ist, wird in die Opposition gedrangt. Dafür wächst aber der Zustrom derjenigen, die um äußerer Vorteile willen oder aus Angst ihre Überzeugung opfern. Schließlich wird auch noch eine widerliche Heuchelei großgezogen. Das Problem der religiösen Kindererziehung bietet arge Verlegenheiten. Durch die Familien ziehen sich störend die Konflikte. Auf dem Lande vermag man bei der stark im Alten wurzelnden Denkungsart des Bauern die jetzt als nationalsozialistisch ausgegebenen Lehren garnicht mehr von der marxistisch=freigeistigen Zersetzung zu unterscheiden, gegen die man sich fast ein Jahrhundert aufs energischste zur Wehr setzte! Man wird also um allen diesen Erscheinungen nicht Vorschub zu leisten, wie in der Natur, die Früchte reifen lassen müssen, ehe man sie pflückt.

Schließlich ist es ja auch noch nicht allzu lange her, daß gerade umgekehrt aus der Kirche Ausgetretene zum Wiedereintritt in dieselbe aufgefordert wurden, und die Erkenntnis von der Unvereinbarkeit von Partei und Kirche wäre auch noch recht jungen Datums. Sie stände in schroffem Wi=

der=

derspruch zu allen bisherigen offiziellen Verlautbarungen, von denen man eigentlich nicht annehmen sollte, daß sie in kurzer Frist schon "überholt" wären. Vielmehr muß man sich auf sie verlassen können. Ein solch jäher Gesinnungswechsel sollte uns nicht zugemutet werden! Disziplinierter Gehorsam, den eine Gefolgschaft ihrem Führer schuldig ist, hat mit solchen Sprüngen nichts zu tun; es sei denn, daß er vorderasiatisch aufgefaßt wird. Der germanische Gefolgschaftsbegriff läßt der Charakterfestigkeit Spielraum, die germanische Treue setzt Vertrauen voraus, d.h. die innere Sicherheit, daß der, dem man in Treue ergeben ist, bestimmte Dinge tut und unterläßt, und nicht in unberechenbarer Willkür zu allen fähig ist.

d) Gesetzlichkeit als Grundlage des Vertrauens zur Staatsführung.

Ich komme damit auf das Vertrauen, das Voraussetzung der Treue (nicht des Gehorsams!) ist und möchte dabei die Sprache auf die Erschütterung desselben durch eine auch in anderer Beziehung für den Bestand des Reiches gefährliche Erscheinung bringen, auf die Gefahr hin, daß ich mich etwas von dem Thema entferne. Es ist die Verachtung der Gesetzlichkeit und die daraus folgende Maßlosigkeit in der Anwendung staatlicher Gewalt. Daß man sich an vielen Stellen durch das Parteiprogramm oder Aussprüche des Führers und maßgebender Männer der Partei nicht mehr gebunden hält, ist hinreichend ausgeführt. Ebenso lästig werden an manchen Stellen die Bindungen empfunden, zu der Gesetze und gesetzliche Vorschriften nötigen, auch wenn sie die Unterschrift des Führers tragen. Ihre genaue Anwendung bezeichnet man als Paragraphenreiterei; der Beamte, der sie ohne Ansehen der Person und mit unbestechlicher Sachlichkeit anwendet, wird zum verbohrten Bürokraten gestempelt. Demgegenüber gilt als besonders verantwortungsfreudig, wer sich solcher Fesseln, wie sie Gesetze und Erlasse anlegen, leichten Herzens entledigt. "Recht ist, was dem Volke nutzt, Unrecht, was ihm schadet." Und dabei vergißt man, daß nicht Willkür dem Volke nutzt und die Nichtbeachtung der Gesetze dem Volke ungemein schadet! Man übersieht auch, daß das, was im Augenblick nützlich erscheint, auf lange Sicht gesehen, schädlich sein kann. Und das ist meist der Fall, wenn man ungesetzlich verfährt. Wer jedenfalls sich nicht allein auf die

Gewalt

Gewalt als Führungsmittel stützen will, sondern als wichtigsten Faktor für den dauernden Bestand eines Staates das Vertrauen zur Staatsführung ansieht, wird an der Tatsache nicht vorbeikommen, daß dieses Vertrauen nur durch strenge Gesetzlichkeit gepflegt werden kann. Gesetzlichkeit bedeutet aber, daß die Inhaber staatlicher Gewalt bis auf ganz seltene Fälle des Notstandes sich durch die Gesetze gebunden fühlen und nicht über die Schranken, die sie ihnen setzen, hinweggehen. Der durchaus mögliche Fall, daß eine gesetzliche Vorschrift dem entgegensteht, was im höheren Sinne rechtens erscheint, ist verhältnismäßig selten; die Durchbrechung der Gesetze aber, auf deren Beachtung der Beamte sogar vereidigt wird, ist viel eingreifender als die Anwendung einer Gesetzesvorschrift, die nicht ganz am Platze ist. "Die Rechtssicherheit ist die Grundlage der Volksgemeinschaft" (Hermann Göring). Ohne dieselbe ist ein Zusammenleben der Volksgenossen und die Gefolgschaftstreue nicht vorstellbar. Sie ist ein Lebensgesetz der Nation. Nicht umsonst ist der Mythos der Mühle von Sanssouci in das Volksbewußtsein so tief eingedrungen. Seine Wirkung beruht darauf, daß der große König auch als absoluter Herrscher eine Rechtsordnung über sich anerkannte und derselben sich unterwarf. Auch dem Führer ist schrankenlose Willkür fremd, er ordnet sich einer Idee und den Lebensgesetzen der Nation unter.

Weder im eigenen Volke, noch bei den unterworfenen Völkern darf das Gefühl einer Rechtlosigkeit aufkommen. Wirkliche Staatskunst setzt sich daher selber Schranken und durchbricht sie nicht ohne zwingende Notwendigkeit. Wir werden niemals moralische Eroberungen machen, wenn wir nicht die feste Gewähr bieten, daß wir uns an bestimmte selbstgesetzte Grenzen halten und zuverlässig sind. Sowohl bei unseren innenpolitischen Gegnern, wie bei den von uns besiegten Völkern wird der äußeren Unterwerfung niemals die innere - und damit die Befestigung des Sieges - folgen, wenn wir der Willkür keine Schranken setzen und in der Anwendung der Mittel kein Maß kennen. Man wird jedenfalls unsere diesbezüglichen Mißerfolge den auf diesem Gebiete gemachten Fehlern in der Hauptsache zuschreiben müssen! Man sollte diesen Fehlern mehr nachgehen und nicht durch stumpfsinniges Geschrei nach schärferen Unterdrückungsmaßnahmen die eigene Blamage verdecken. Die Synthese

zwischen

zwischen rücksichtsloser Gewaltanwendung und ihre Begrenzung durch strenge Rechtlichkeit muß gefunden werden. Ebenso, wie man, um befehlen zu können, hat gehorchen lernen müssen, so muß derjenige, der herrschen will, beherrscht sein. Und bei allem für die Führung notwendigen Abstand muß die Verbindung mit dem Volke gewahrt bleiben.

In diesem Zusammenhange muß ein offenes Wort über die Anwendung polizeilicher Gewalt gesagt werden. Eine Geheime Staatspolizei ist im Interesse der Sicherheit des Staates unentbehrlich; ihr sind auch weitgehende Machtvollkommenheiten zuzubilligen, da ihre Verteidigungstaktik den vielfach getarnten Angriffsmethoden der Staatsfeinde stets angepaßt sein muß und infolgedessen eine Einschränkung ihrer Befugnisse durch gesetzliche Vorschriften nicht verträgt, da niemals alle Lagen vorausgesehen werden können. Je größer jedoch die Machtvollkommenheiten einer solchen Einrichtung sind, desto maßvoller muß ihre Anwendung sein, desto mehr müssen sich diejenigen, die diese ungeheure Gewalt zu handhaben berufen sind, in Zaume halten und jegliche Zügellosigkeit, Willkür, Eigennutz und Verfolgung persönlicher Ziele schärfstens sofort ahnden. Sie werden sparsam in der Anwendung der letzten Machtmittel sein und lernen müssen, Wesentliches von Unwesentlichen zu unterscheiden. Andernfalls wird nach Ablauf einer gewissen Zeit ein so erheblicher Teil der an sich gutwilligen Bevölkerung schlechte Erfahrungen gemacht haben, daß die Gegenwirkung nicht ausbleiben kann und gerade in Augenblicken starker Belastungsproben nicht ausbleiben wird. Die Folge wird dann nur wieder brutalere Anwendung der Machtmittel sein, um der Gegenbewegung Herr zu werden. Wie die Erfahrungen lehren, sympathisieren große Massen der Bevölkerung mit den Opfern der Gewaltanwendung, wenn ihre Berechtigung nicht offen zu Tage tritt und fühlen sich auch unmittelbar bedroht, nicht weil sie ein schlechtes Gewissen haben oder böse Absichten hegen, sondern weil sie befürchten, bei nichtigem Anlaß ohne genaue Untersuchung auch in das Räderwerk dieser Staatsmaschine geraten zu können. Aufgabe einer Staatspolizei kann es aber nicht sein, die Zahl der Staatsfeinde zu vermehren und die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß Recht nicht zu erlangen ist, sondern die Staatsfeinde unschädlich zu machen. So kann ein starker Staat durch Überspannung des Einsatzes seiner Machtmittel sich selbst

für

für den Augenblick der inneren und äußeren Gefahr entschei=dend schwächen. Ein Vorbild sollte allen denen, die staatliche Gewalt auszuüben haben, die sicherlich nicht weiche und sen=timentale, aber bis aufs Äußerste selbstbeherrschte und den Versuchungen der Macht niemals erlegene Art der Anwendung durch den Führer selbst sein. Gerade die Art und Weise des Gebrauches der in seiner Hand befindlichen größtmöglichsten Machtvollkommenheiten sichert ihm neben seinem dauernden, selbstlosen, mutigen Einsatz Liebe, Verehrung und Achtung des Volkes. Ich will nicht die ehrlichen Bemühungen verken=nen, die eine sorgfältige Auswahl geeigneter Beamter für die Staatspolizei zum Ziele haben, und weiß, wie schwer es ist, revolutionären Angriffsgeist mit Mäßigung zu verbinden. Aber es müssen beide Extreme vermieden werden: - und das gilt auch für die Partei, - nämlich, daß Radikalismus sich in ein schließlich seine eigenen Kinder fressendes Blutbad überschlägt oder daß Mäßigung die Errungenschaften einer Re=volution dem Gegner wieder in die Hände spielt. Zur Zeit erscheint mir die erstere Gefahr akuter zu sein, denn der stumpfsinnige Schrei nach Anwendung von schärferen Gewalt=mitteln zur Unterdrückung oder Beseitigung von Menschen, die man selbst falsch behandelt hat, hallt ziemlich laut und vernehmbar. Oder wird in Partei= und Dienstbesprechungen et=wa zur Mäßigung geraten? Haben wir nicht in der Kampfzeit auch mit anderen Mitteln kämpfen können, und haben wir ver=gessen, welchen Nutzen wir aus gegen uns angewendeter Gewalt gezogen haben?

c) Warnung vor einigen weiteren Fehlern.

Wir sollten überhaupt uns die Dinge nicht so ein=fach machen, sondern mehr an die Kampfzeit denken und uns auf die Mittel besinnen, mit denen wir damals auf das Volk ge=wirkt haben: Wir sollten wissen, daß diejenige Propaganda die schlechteste ist, der keiner mehr glaubt. Wir sollten verantwortungsbewußte Nationalsozialisten erziehen und nicht bedenkenlose Werkzeuge jeden fehlerhaften und selbstsüchtigen Handelns. Wir sollten unabhängige Charaktere nicht durch die kleinen und engen Geister verdrängen lassen. Wir sollten schließlich nicht so unbekümmert und ohne Rücksicht auf die

Volks=

Volksstimmung die sittlichen und kulturellen Grundlagen und Einrichtungen unseres Volkslebens in Frage stellen und damit den Boden, auf dem wir stehen, wankend machen. Es handelt sich um die Achtung vor dem Menschenleben, vor der Ehe und dem Eigentum. Daß auch solche Werte nicht Selbstzweck sind, sondern den Lebensgesetzen des Volkes und Lebensnotwendigkeiten der Nation untergeordnet werden müssen, erkennt die breite Masse nur schwer. Sie hat nur das Gefühl, daß nichts mehr heilig ist, und daß die Unterschiede zum Bolschewismus allmählich verwischen. Ganz besonders ist das dann der Fall, wenn solche Maßnahmen von Kreisen ausgehen, die aus ihrer Ablehnung des Christentums keinen Hehl machen und auch die psychologische Tragweite ihres Handelns offenbar unterschätzen. Man kann ein Volk auf die Dauer nicht regieren, wenn nicht bestimmte Grundsätze als unerschütterlich jeglicher Diskussion entzogen werden, geheiligt sind und auch dann nicht durchbrochen werden, wenn es im Einzelfalle einmal zweckmäßig erscheint.

Auch der Schade, der im Auslande durch solche Fehler entsteht, ist unermeßlich. Die Geschichte wird einmal darüber urteilen, wie stark der Kriegsverlauf von ihnen beeinflußt wurde.

Unter den eben genannten Fehlern möchte ich nur eine Erscheinung herausgreifen, nämlich die Propaganda zugunsten des unehelichen Kindes, die sich ja letzten Endes gegen die Einrichtung der Ehe gewollt oder ungewollt richten muß. Der Bolschewismus bekämpfte Ehe und Familienleben, weil durch beide die Brücke von der lebenden Generation zu den Vorfahren geschlagen und diese in der Vergangenheit verwurzelt wird. Diesen Zusammenhang mit unseren Ahnen, ihren Idealen, Sitten, Gebräuchen und Einrichtungen galt es auszutilgen, weil durch ihn die Beständigkeit gewahrt und Bindungen geschaffen werden, die man nicht wollte. Wir Nationalsozialisten sehen aber in ihnen gerade Werte, die zu pflegen sind, weil sie zu denjenigen Baustoffen gehören, aus denen der Bau des Dritten Reiches seine besondere Festigkeit und Dauerhaftigkeit gewinnen soll. Wir haben ferner mit Hilfe von Heiratsgenehmigungen und einen Ehegesundheitsgesetz durch die Einrichtung der Ehe eine Möglichkeit der Überwachung der Fortpflanzung geschaffen, in

den

den wenigstens unerwünschte Fortpflanzung verhindert werden kann. Diesen Grundsätzen schlägt es aber geradezu ins Gesicht, wenn man die uneheliche Fortpflanzung, die sich der Überwachung entzieht, nicht nur nicht als schwer zu verhinderndes Übel duldet, sondern ganz offensichtlich fördert und eine Propaganda betreibt, die die inneren Hemmungen gegen diese Art von Fortpflanzung den Menschen auszutreiben versucht. Es gibt nur noch wenige Filme ohne uneheliches Kind. Das uneheliche Kind ist eine sozial unerwünschte Erscheinung; es hat keinen Vater und ist dadurch schon gewissermaßen gefährdet. Auch aus diesen Grunde sollte man die Bedenkenlosigkeit, mit der diese unglücklichen Wesen oft in die Welt gesetzt werden, nicht noch Vorschub leisten. Ich habe wohl Verständnis dafür, daß man das Kind nicht seine uneheliche Geburt entgelten läßt und begrüße die Bestrebungen, ein besseres Verantwortungsbewußtsein des unehelichen Vaters gegen Mutter und Kind anzuerziehen und dahin zu wirken, daß die Ehe zwischen den Eltern geschlossen wird. Die gegenwärtige Propaganda läuft aber auf das Gegenteil hinaus, nämlich, es verdienstvoll zu finden, möglichst viele uneheliche Kinder in die Welt zu setzen, für die der Staat und alle möglichen Einrichtungen schon sorgen werden. Wenn es die Kirchen waren, die diesen sozialen Übel früher auch mit Härte zu begegnen versuchten, so dürfte ihnen dies nicht mit den liberalen Schlagworten "Muffigkeit" oder "Moralismus" als Tadel angehängt werden, sondern umgekehrt als Verdienst für das Volkstum im Kampfe um dasselbe gegen zersetzende individualistische Regungen! Begünstigung des unehelichen Kindes ist schwer mit dem Ziele zu vereinbaren, den Einrichtungen der Ehe und der Familie diejenige Geltung zu verschaffen, die ihnen als Lebensgrundlagen der Nation zukommen.

V) Schlußbetrachtung.

Auf das eigentliche Thema dieser Schrift zurückkommend, erkläre ich, daß es zwar nicht ratsam ist, die Kirchen zu stärken, solange noch zweifelhaft ist, ob sie den Anforderungen alles umfassender Volkskirchen genügen, daß ich es aber für ein verhängnisvolles Spiel mit der Zukunft unseres Volkes halte, wenn man Gegensätze zwischen Partei und Kirche, Nationalsozialismus und Christentum künstlich schafft oder weiter aufreißt! Es dürfen die Dinge nicht dahin getrieben werden, daß eine kirch-

liche

liche Betätigung, mag sie auch intensiv sein, an sich schon als für den Bestand des Staates gefährlich betrachtet wird, und daß sich eine solche nur noch gegen Partei und Staat durchsetzen kann.

Warum die im Parteiprogramm festgelegte christliche Grundlage der Partei und bewährte Grundsätze der Kampfzeit anscheinend verlassen werden, welche politischen Notwendigkeiten hierzu zwingen, ist mir unerklärlich. Es ist mir auch nicht bewußt, daß der Führer zu diesem tatsächlich in der Partei sich durchsetzenden Kurswechsel das Signal gegeben hätte. Dabei ist die Erschütterung des Vertrauens in unerschütterliche Programmsätze und der durch die Abkehr vom Christentum sich vollziehende radikale Bruch mit der Vergangenheit und dem Glauben unserer Väter von so folgenschwerer Bedeutung und eine so ungeheure Belastung der innen- und außenpolitischen Lage, daß man wirklich nicht mehr weiß, ob hier noch Vernunft regiert oder verantwortungslose Kräfte am Werke sind, die nicht mehr wissen, was sie tun. Das Christentum ist nicht nur ein innerdeutsches, sondern auch ein europäisches Problem geworden. An diese europäische Bedeutung hat sicher auch Alfred Rosenberg gedacht, als er in "Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP." erklärte: "Die Geschichte Europas hat bewiesen, daß dieses im extremen antijüdischen Christentum eine Religionsform gefunden hat, die trotz konfessioneller Unterscheidungen die Grundlage für das religiöse Leben der weit überwiegenden Mehrzahl auch des deutschen Volkes geworden und geblieben ist."

Man mag nun einwenden, daß es uns nicht zukommt, sich über derartige Probleme den Kopf zu zerbrechen, sondern daß man das dem Führer und den von ihm beauftragten Männern überlassen soll. Das ist gewiß richtig, aber ebenso richtig ist es, darauf bedacht zu sein, daß wir durch unser Verhalten dem Führer nicht Wege versperren, die er vielleicht noch gehen will und ihn in Zwangslagen bringen. Das geschieht aber durch die Entfesselung eines Kampfes gegen Kirchen und Christentum, ohne daß vom Führer selber das Kommando dazu gegeben wurde. Es erscheint mir manchmal, als ob diejenigen Stellen, die einen Kampf gegen Kirchen und Christentum ohne zwingenden Grund entfesseln, die politische Klugheit verlassen hätte. Wenn man schon das Christentum und seine bestehende Organisationsform als tragende Idee des Großdeutschen Reiches und des unter seiner

ner Führung stehenden europäischen Staatenbundes nicht für verwertbar hält, will man es denn durch seine Bekämpfung zur tragenden Idee einer europäischen Verschwörung gegen die Führung des nationalsozialistischen Deutschland machen? Will man denn die Keime der Zersetzung und eine Belastung für das ewige Reich schaffen, in dem man das Verhältnis desselben zum Christentum zu einem unerträglichen macht?! Haben die Erfolge der ersten acht Jahre nationalsozialistischer Regierung uns so größenwahnsinnig gemacht, daß wir blind gegen alle Gefahren werden und glauben, auf nichts mehr Rücksicht nehmen zu brauchen? Mit religiösen Gegensätzen läßt sich gerade in Deutschland nicht spaßen und ebensowenig in Europa. Die Zukunft wird zeigen, wer der lachende Dritte ist! Ich will außerdem die Gefahr vermieden sehen, daß lediglich aus Gründen des Glaubens oder aus einem achtenswerten Gefühl der Treue und Charakterfestigkeit heraus wertvolle deutsche Menschen dem Staate unnötig entfremdet werden (vielmehr sollen sie zu ihm hingeführt werden!) und daß die Dinge eine Entwicklung nehmen, bei der die Anwendung brutalster, vielleicht inquisitorischer Mittel zum Schutze des Bestandes des Reiches als letzter Ausweg erforderlich wird und demselben vielleicht gerade in Zeiten stärkster seelischer Belastung ernste Schwierigkeiten entstehen. Es wird schließlich dem aufmerksamen Beobachter kaum entgehen können, daß die scharfe Frontstellung gegen Kirchen und Christentum Kräfte entfesselt, die manchmal starke Ähnlichkeit mit dem religionslosen marxistischen Freidenkertum haben - zerstörende Geister, die man doch sicher nicht rufen will und die plötzlich - meist als Konjunkturritter auftauchend - ihre zersetzende Tätigkeit getarnt beginnen. Ich bin weit davon entfernt, den Angriff auf Priesterherrschaftsgelüste etwa mit einem Angriff auf Religion und Glauben zu verwechseln, ich glaube aber, vor dem Wirken rein negativer Kräfte warnen zu müssen und möchte als Maßstab nationalsozialistischer Gesinnung und echten kameradschaftlichen Geistes ein Mindestmaß des Gefühles der Achtung vor echter religiöser Überzeugung des Volksgenossen und Kameraden und vor allem Wahrheitsliebe bei notwendig werdenden Auseinandersetzungen angewendet wissen. Diese Eigenschaften fördern die innere Geschlossenheit und die Schlagkraft der Partei wesentlich

lich

lich mehr als Gewissenszwang. "Volksgenossenschaft trotz Religionsverschiedenheit" ist die Parole, die übrigens ein Nichtchrist, der Pg. Graf von Reventlow, in "Reichswart" vom 13.I. 1938 verkündete und die in der augenblicklichen Lage allein erträgliche Zustände schaffen kann und alle Möglichkeiten für die Zukunft offenhält, die uns die Glaubenseinheit bringen soll. Wenn man mit dem Schlagwort "Konfessionelle Bindung" meine Ausführungen bequem abtun will, so entgegne ich mit dem Goethewort: "Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein!" Was ich schrieb, schrieb ich für die Partei.

Die Partei ist das Schicksal des deutschen Reiches. Von ihr hängt es ab, ob das deutsche Volk eine Zukunft haben wird oder nicht. Ihre Fehler werden diesem zum Verhängnis. Wer von dieser Anschauung durchdrungen ist, kann die Fehler nur mit aller Kraft bekämpfen. Die Fehler, die man zu begehen sich anschickt, habe ich in großen Zügen geschildert. Wir befinden uns in einer verhängnisvollen Entwicklung! Es wird Zeit, daß sich diejenigen Kräfte sammeln und zur Geltung bringen, die sich dieser verhängnisvollen Entwicklung entgegenwerfen wollen. Der Führer selbst hat in seiner Rede am 3.X.1941 den Ruf an uns gerichtet, indem er sagte:

"Ich werde aus diesem Kriege einst wieder zurückkehren mit meinem alten Parteiprogramm, dessen Erfüllung mir jetzt noch wichtiger erscheint, als vielleicht am ersten Tag!"

Zu diesem Parteiprogramm gehört aber auch der Punkt 24, an dem wir festhalten wollen.